

Stadtrat Nidau

PROTOKOLL

4. Sitzung des Stadtrates

21.11.2019, 19:00 – 21:15 Uhr

Aula Schulhaus Weidteile, Lyss-Strasse 34, 2560 Nidau

	Anwesend	Abwesend (entschuldigt)
Präsidentin:	Evard Amélie, FDP	
1. Vizepräsidentin:	Kast Esther, Grüne	
2. Vizepräsident:	Baumann Markus, SVP	
Stimmzählerin:	Kallen Noemi, SP	
Stimmzähler:	Spycher Thomas, FDP	
Mitglieder:	Blösch-Althaus Paul, EVP Bongard Bettina, SP Deschwanden Inhelder Brigitte, SP Döhrbeck Michael, Grüne Egger Tobias, SP Fischer Martin, FDP Grob Oliver, SVP Jenni Hanna, PRR Kallen Nils, SP Kessi Damian, SP Kessi Valérie, SP Lehmann Ralph, FDP Leiser Matthias, FDP Lucchini-Gutiérrez Olea Maria del Carmen, Grüne Lützelschwab Rickenbacher Kathleen, SP Münger Tamara, BDP Pauli Pauline, PRR Romdhani Soumaya, Grüne Rubin Michael, Grüne Rutishauser Roland, SVP Sauter Viktor, SVP Schneiter Marti Susanne, FDP Stucki-Steiner Carine, Grüne Wingeyer Ursula, SVP	Gabathuler Leander, SVP Hauser Joel, EVP

Der Stadtrat ist beschlussfähig.

Gemeinderat: Hess Sandra, Stadtpräsidentin
 Eyer Marc, Vizestadtpräsident
 Fuhrer Martin
 Friedli Sandra
 Lutz Roland
 Messerli Philippe
 Schwab Kurt

Sekretär: Ochsenbein Stephan
 Protokollführerin: Jennings Manuela

Planton: Käser Nathanael

Abteilungsleitende: Rhiner Dominik
 Spreyermann Christine
 Zesiger Martin
 Lindegger Reto

Traktanden

5

1. Protokoll Nr. 3 vom 19. September 2019 - Genehmigung
2. Wahlen - Ratsbüro für das Jahr 2020
3. Wahlen - Präsidium und Vizepräsidium Geschäftsprüfungskommission und Aufsichtskommission
4. Wahlen - Ersatzwahl Mitglied Sozialkommission
5. Finanzplan 2019 - 2024 - Kenntnisnahme
6. Budget 2020 - Genehmigung
7. Künftiger Betrieb der Informatik der Stadtverwaltung
8. Verkehrsberuhigung Nidau West und Zihlstrasse - Investitionskredit
9. M 189 30er-Zone ganzes Wohnquartier Weidteile zur Verkehrsberuhigung
10. M 190 Durchsetzung von Gemeinderatsbeschlüssen und Einhaltung des Kollegialitätsprinzips
11. M 191 Bewilligungspraxis Fahrende
12. P 211 Regelmässige Recyclingstellen an den Nidauer Gewässern
13. P 212 Neubau Schulhaus Beunden Ost - Anregungen für die Planung
14. I 127 Entretien des surfaces vertes à Nidau



10 **Stadtratspräsidentin, Amélie Evard:** Liebe Stadtratskolleginnen und -kollegen, sehr verehrte Frau Stadtpräsidentin, verehrte Mitglieder des Gemeinderats, liebe Mitarbeitende der Verwaltung, geschätzte Vertreter der Medien, und liebe Gäste im Publikum. Ich begrüsse Sie zur 4. und letzten Stadtratssitzung im laufenden Jahr. Gerne begrüsse ich speziell Martin Fischer. Er ist neuer

15 Stadtrat und Teil der Bürgerlichen Fraktion. Herzlich willkommen und viel Freude am neuen Amt. Entschuldigt für die heutige Sitzung haben sich Joel Hauser und Leander Gabathuler. Anwesend sind 28 Stadträtinnen und Stadträte. Der Rat ist somit gemäss Artikel 20 der Geschäftsordnung beschlussfähig. Das absolute Mehr beträgt 15 Stimmen. Wünscht jemand aus der Ratsmitte eine Diskussion zu aktuellen Fragen?

20 **Tobias Egger, SP:** Ich wünsche die Diskussion zur aktuellen Frage im Zusammenhang mit dem Versand der Stadtratsunterlagen gemäss der Information des Ratsbüros.

Stadtratspräsidentin, Amélie Evard: Gemäss Artikel 27 der Geschäftsordnung kann der Stadtrat mit 2/3 Mehrheit die Diskussion aktueller Fragen beschliessen.

Dann kommen wir zur Abstimmung. 2/3 sind nicht erreicht. Die Diskussion findet nicht statt.

25 Ich kann dazu sagen, dass die Fraktionen vorinformiert wurden, aber entschieden wurde noch nichts.

Kommen wir zur Traktandenliste. Diese wurde fristgerecht am 7. November 2019 geschickt. Gibt es Änderungsanträge? Scheint nicht der Fall zu sein. Somit ist die Traktandenliste genehmigt.

30 Kommen wir zu den Fraktionserklärungen. Es liegen mir keine Fraktionserklärungen vor. Hat jemand aus den Fraktionspräsidien eine Erklärung abzugeben? Auch nicht?

Dann gehen wir direkt zur Behandlung der Traktanden.

1. Genehmigung Protokoll der 3. Sitzung vom 19. September 2019

Ressort Sitzung	Präsidiales 21.11.2019
--------------------	---------------------------

nid 0.1.6.1 / 3

35 **Stadtratspräsidentin, Amélie Evard:** Wir kommen zum ersten Traktandum. Es sind keine Änderungsanträge zum Protokoll eingegangen. Wir kommen somit zur Abstimmung.

Stadtratsbeschluss

Der Stadtrat beschliesst:

- 40 1. Das Protokoll der 3. Sitzung vom 19. September 2019 wird mit 27 Ja / 1 Enthaltung genehmigt.

2. Wahlen – Ratsbüro für das Jahr 2020

Ressort Sitzung	Präsidiales 21.11.2019
--------------------	---------------------------

nid 0.1.6.3 / 2

45 **Stadtratspräsidentin, Amélie Evard:** Wir kommen zum zweiten Traktandum, zur Wahl des Ratsbüros für das Jahr 2020. Gemäss Artikel 52 der Stadtordnung und Artikel 6 der Geschäftsordnung des Stadtrates wählen wir heute das Ratsbüro für das Jahr 2020. Wir beginnen mit dem Präsidium des Stadtrates. Die Amtszeit ist vom 1. Januar 2020 bis zum 31. Dezember 2020. Gibt es Vorschläge aus der Ratsmitte?

50 **Fraktion Grüne/EVP, Michel Rubin:** Guten Abend geschätzte Kolleginnen und Kollegen, werte Gemeinderätinnen und Gemeinderäte, werte Frau Stadtratspräsidentin, geschätzte Anwesende. Die Fraktion Grüne/EVP empfiehlt Ihnen Esther Kast zur Wahl.

Stadtratspräsidentin, Amélie Evard: Gibt es weitere Vorschläge? Scheint nicht der Fall zu sein.
55 Wir kommen zum ersten Vizepräsidenten, auch hier ist die Amtsdauer von 1. Januar 2020 bis zum 31. Dezember 2020. Gibt es Vorschläge aus der Ratsmitte?

SVP-Fraktion, Ursula Wingeyer: Guten Abend. Die SVP-Fraktion schlägt für dieses Amt Markus Baumann vor.

60 **Stadtratspräsidentin, Amélie Evard:** Gibt es weitere Vorschläge aus der Ratsmitte? Sieht nicht danach aus. Wir kommen zum zweiten Vizepräsidium. Auch hier ist die Amtsdauer vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2020. Gibt es Vorschläge aus der Ratsmitte?

65 **SP-Fraktion, Tobias Egger:** Die SP-Fraktion empfiehlt Noemi Kallen.

Stadtratspräsidentin, Amélie Evard: Vielen Dank. Gibt es weitere Vorschläge? Dies scheint nicht der Fall zu sein. So kommen wir zur Wahl des Stimmzählers und der Stimmzählerin. Gibt es Vorschläge aus der Ratsmitte?

70 **Bürgerliche Fraktion, Susanne Schneiter Marti:** Guten Abend miteinander. Die Bürgerliche Fraktion schlägt erneut Thomas Spycher als Stimmzähler vor.

Stadtratspräsidentin, Amélie Evard: Vielen Dank. Weitere Vorschläge für den zweiten Stimmzähler oder die zweite Stimmzählerin?

SP-Fraktion, Tobias Egger: Die SP Fraktion schlägt Bettina Bongard als Stimmzählerin vor.

Stadtratsbeschluss

Der Stadtrat von Nidau beschliesst gestützt auf Art. 52, Abs. 1 der Stadtordnung und Art. 6 der
80 Geschäftsordnung des Stadtrates von Nidau:

1. Für die Amtsdauer vom 1. Januar 2020 bis 31. Dezember 2020 wird das Büro des Stadtrates wie folgt einstimmig gewählt:
 - a) Präsidium des Stadtrates: Esther Kast
 - 85 b) 1. Vizepräsidium des Stadtrates: Markus Baumann
 - c) 2. Vizepräsidium des Stadtrates: Noemi Kallen
 - d) Stimmzähler: Thomas Spycher
 - e) Stimmzählerin: Bettina Bongard

90 **Stadtratspräsidentin, Amélie Evard:** Herzliche Gratulation zur Wahl.

3. Wahlen – Präsidium und Vizepräsidium Geschäftsprüfungskommission und Aufsichtskommission

95 **Stadtratspräsidentin, Amélie Evard:** Wir kommen zu Traktandum 3, der Wahl des Präsidiums und des Vizepräsidiums der GPK und der Aufsichtskommission. Wir beginnen mit dem Präsidium der GPK. Gibt es Vorschläge aus der Ratsmitte für das Präsidium der GPK?

100 **Bürgerliche Fraktion, Thomas Spycher:** Die Bürgerliche Fraktion schlägt Susanne Schneiter Marti vor.

Stadtratspräsidentin, Amélie Evard: Gibt es weitere Vorschläge aus der Ratsmitte? Sieht nicht danach aus. Wir kommen zum Vizepräsidium der GPK für die Amtsdauern vom 1. Januar 2020 bis zum 31. Dezember 2021. Gibt es Vorschläge aus der Ratsmitte?

105 **SP-Fraktion, Bettina Bongard:** Die SP-Fraktion schlägt als Vizepräsident Tobias Egger vor.

Stadtratspräsidentin, Amélie Evard: Vielen Dank. Gibt es weitere Vorschläge aus der Ratsmitte? Sieht nicht danach aus. Wir kommen zur Wahl des Präsidiums der Aufsichtskommission. Auch hier ist die Amtsdauer vom 1. Januar 2020 bis zum 31. Dezember 2021. Gibt es Vorschläge aus der Ratsmitte?

Fraktion Grüne/EVP, Michael Rubin: Die Fraktion Grüne/EVP schlägt Ihnen Paul Blösch vor.

115 **Stadtratspräsidentin, Amélie Evard:** Gibt es weitere Vorschläge aus der Ratsmitte? Scheint nicht der Fall zu sein. Wir kommen zur Wahl des Vizepräsidiums. Auch hier gilt die gleiche Amtsdauer. Gibt es Vorschläge aus der Ratsmitte?

Bürgerliche Fraktion, Susanne Schneiter Marti: Vielen Dank. Wir schlagen Tamara Mürger als Vizepräsidentin vor.

120 **Stadtratspräsidentin, Amélie Evard:** Gibt es weitere Vorschläge aus der Ratsmitte? Scheint nicht der Fall zu sein. Somit gelangen wir zur Abstimmung.

Stadtratsbeschluss

125 Der Stadtrat von Nidau beschliesst gestützt auf Art. 52 Abs. 2 der Stadtordnung bzw. Art. 16 der Geschäftsordnung des Stadtrates:

1. Für die Amtsdauer vom 1. Januar 2020 bis 31. Dezember 2021 werden einstimmig gewählt:
 - a) Präsidium der Geschäftsprüfungskommission: Susanne Schneiter Marti
 - b) Vizepräsidium der Geschäftsprüfungskommission: Tobias Egger
- 130 2. Für die Amtsdauer vom 1. Januar 2020 bis 31. Dezember 2021 werden einstimmig gewählt:
 - a) Präsidium der Aufsichtskommission: Paul Blösch
 - b) Vizepräsidium der Aufsichtskommission: Tamara Mürger

135 **Stadtratspräsidentin, Amélie Evard:** Herzliche Gratulation zur Wahl.

4. Wahlen – Ersatzwahl Mitglied Sozialkommission

Ressort
Sitzung

Präsidiales
21.11.2019

Stadtratspräsidentin, Amélie Evard: Wir kommen zum Traktandum 4. Durch den Rücktritt von Ralph Lehmann per 30. September 2019 wird dessen Sitz in der Sozialkommission frei. Ralph
 140 Lehmann hat seinen Rücktritt aus dem Stadtrat und der Sozialkommission fristgerecht mitgeteilt. Gibt es Vorschläge aus der Ratsmitte für die Ersatzwahl?

Bürgerliche Fraktion, Susanne Schneider Marti: Die Bürgerliche Fraktion schlägt René Dancet, Mitglied der FDP Nidau, vor.
 145

Stadtratspräsidentin, Amélie Evard: Besten Dank. Gibt es weitere Vorschläge aus der Ratsmitte? Dies scheint nicht der Fall zu sein. Wir gelangen zur Abstimmung.

Stadtratsbeschluss

Der Stadtrat von Nidau beschliesst gestützt auf Artikel 52 Absatz 3 Buchstabe b der Stadtordnung
 150 bzw. Art. 16 der Geschäftsordnung des Stadtrates:

1. Als Mitglied der Sozialkommission wird einstimmig gewählt: René Dancet
2. Die Amtsdauer läuft vom 21. November 2019 bis 31. Dezember 2021.

Stadtratspräsidentin, Amélie Evard: Herzliche Gratulation zur Wahl.
 155

5. Finanzplan 2019 - 2024

Ressort Sitzung	Finanzen 21.11.2019
--------------------	------------------------

nid 9.1.1.0 / 4

Stadtratspräsidentin, Amélie Evard: Wir kommen zum Traktandum 5, dem Finanzplan 2019
 160 bis 2024. Der Stadtrat nimmt den Finanzplan 2019 bis 2024 zur Kenntnis. Ich übergebe das Wort dem zuständigen Gemeinderat Martin Fuhrer.

Ressortvorsteher Finanzen, Martin Fuhrer: Werte Anwesende, Sie haben den Finanzplan gesehen, er zeigt ein nicht so schönes Bild. Obwohl wir eine Differenz zwischen Rechnung und
 165 Budget von 3 Millionen annehmen und so im Finanzplan miteinberechnet haben, zeichnen sich negative Abschlüsse ab. Das heisst, die Kurve geht klar in Richtung unten. Das ist nicht schön. Es sind hauptsächlich zwei Faktoren, die dafür verantwortlich sind. Einerseits steigen die ÖV Kosten in nächster Zeit stark. Dabei handelt es sich nicht um unsere Kosten, welche diese ÖV Kosten steigen lassen. Nicht weil wir eine neue Buslinie haben, sondern grundsätzlich wird der gesamte
 170 ÖV teurer. Hinzu kommen die ÖV Punkte. Pro Haltestelle oder pro Fahrt etc. gibt es ÖV Punkte. Je mehr Busverbindungen man hat, desto mehr ÖV Punkte muss eine Gemeinde zahlen. Der einzelne Punkt wird nun teurer, d.h. die Gesamtheit des ÖV wird teurer. Wenn die SBB den Takt erhöht, dann zahlen wir das, wenn Bern ein Tram will, dann zahlen wir das. Im Grossen und Ganzen können wir diesen Faktor wenig beeinflussen. Andererseits auf der Einnahmeseite - und ich
 175 habe dies hier schon oft beklagt - ist unsere Steuerkraft sehr tief, tendenziell eher sinkend. Die Schere, die sich zwischen Ausgaben und Einnahmen öffnet führt dazu, dass unser Finanzplan nicht rosig aussieht.

Es ist also klar, dass wir in den nächsten Jahren Handlungsbedarf haben, dass wir Gegensteuer geben müssen, um die Kurve zumindest flach hinzukriegen oder sogar ein wenig nach oben steuern zu können.
 180

Insgesamt ist der Finanzplan ein Planungsinstrument und eine Momentaufnahme des aktuellen Stands. Mit jeder Veränderung, z.B. wenn eine Motion beschlossen oder abgelehnt wird, gibt es Veränderungen im Finanzplan. Deshalb ist es ein Bild, das erlaubt abzuschätzen, wie die Zukunft in Etwa aussehen könnte, ohne dass dies in Stein gemeisselt wäre.

185

Stadtratspräsidentin, Amélie Evard: Besten Dank. Gibt es Wortmeldungen dazu? Dies scheint nicht der Fall zu sein. Dann kommen wir zum Beschluss.

Stadtratsbeschluss

- 190 1. Der Stadtrat von Nidau nimmt gestützt auf Artikel 54 Absatz 2 der Stadtordnung den Finanzplan 2019 – 2024 zur Kenntnis.

6. Budget 2020 – Genehmigung

Ressort
Sitzung

Finanzen
21.11.2019

nid 9.1.1.2 / 3

195 **Stadtratspräsidentin, Amélie Evard:** Wir kommen zum Traktandum 6, zum Budget. Ich gebe hiermit noch einmal das Wort dem zuständigen Gemeinderat Martin Fuhrer.

Ressortvorsteher Finanzen, Martin Fuhrer: Der Gesamthaushalt setzt sich aus drei Teilen zusammen. Wir haben den allgemeinen Haushalt, Abwasser und Abfall. Zum allgemeinen Haushalt: Das ist eigentlich der interessante Teil, bei dem wir etwas beeinflussen können. Was dort auffällt ist, dass wir ein sehr hohes Defizit haben. Fast 4 Millionen Defizit. Normalerweise hätten wir den Rotstift genommen und herausgestrichen, was nicht wirklich notwendig ist. Der Gemeinderat hat sich nun aber entschieden, das nicht zu tun. Wir haben uns entschieden, die Sachen zu tun, die wir seit 5 Jahren vor uns herschieben. Jahr für Jahr haben wir sehr positive Abschlüsse und machen diese Vorhaben nicht, weil wir sie im Budget herausgestrichen hatten. Deshalb haben wir jetzt gesagt, dass wir es drin lassen, nicht zuletzt wegen der Infrastruktur. Dort haben wir viele neue Leute, die motiviert sind, und so können wir auch davon ausgehen, dass die Vorhaben auch wirklich umgesetzt werden. Das waren die Überlegungen, die uns zu einem sehr hohen Defizit von fast 4 Millionen gebracht haben. Und ja, wir rechnen damit, dass wir so in der Rechnung ein Verlust zulasten des Eigenkapitals einfahren.

210 Die zwei andere Teile Abwasser und Abfall sind in sich geschlossene Spezialfinanzierungen, Gebührenfinanziert. Da fließt Geld nicht grundsätzlich raus, es ist wirklich ein in sich abgeschlossener Kreislauf, das muss so sein, diese müssen sich tragen. Beide Spezialfinanzierungen hatten in der Vergangenheit ein zu hohes Eigenkapital aufgewiesen, deshalb hat man bewusst jeweils Verluste eingefahren, um das Eigenkapital auf ein vernünftiges Mass herunter zu bringen. Darum haben wir auch in diesem Budget absichtlich wieder Verluste budgetiert. Die Limit des Eigenkapitals ist jetzt erreicht, das heisst, wir müssen jetzt die Gebühren entsprechend anpassen, um das Eigenkapital auf dem Niveau halten zu können, welches wir das nächste Jahr erreichen. Diese Arbeit werden wir im nächsten Jahr angehen, damit wir im Budget 2021 angepasste Gebühren zeigen können.

220

Stadtratspräsidentin, Amélie Evard: Besten Dank Gemeinderat Martin Fuhrer. Sprecherin GPK, Sie haben das Wort.

225 **Sprecherin GPK, Carmen Gutiérrez:** Die GPK hält fest, dass der budgetierte Aufwandsüberschuss von über 4 Millionen Franken angesichts des hohen Eigenkapitals vertretbar ist. Das Budget ist ohne Überraschung. Die GPK hofft, dass die Investitionen, die schon lange geplant sind, im Jahr 2020 getätigt werden.

230 **Stadtratspräsidentin, Amélie Evard:** Vielen Dank. Sprecher Fraktion Grüne/EVP.

Fraktion Grüne/EVP, Michael Rubin: Die Fraktion Grüne/EVP begrüsst die modifizierte Budgetierung. Wir sind froh, dass die budgetierten Investitionen, die schon lange aufgeschoben wurden, jetzt endlich aufgeführt sind. Nichts desto trotz wären wir erstaunt, wenn die Jahresrechnung 2020 tatsächlich ein negatives Ergebnis aufweisen würde. Wir sind einstimmig und ohne Änderungen für das vorliegende Budget.

Stadtratspräsidentin, Amélie Evard: Besten Dank. Sprecher SVP-Fraktion.

240 **SVP-Fraktion, Markus Baumann:** Die SVP-Fraktion wird ihre Meinung in der Abstimmung kundtun. Was wir vermisst haben, ist der Rotstift, den Gemeinderat Martin Fuhrer angesprochen hatte, die fehlenden Sparübungen des Gemeinderats. Wir werden das Budget sicherlich im Auge behalten. Wir werden die Abstimmung Ende Juni, die hier Einfluss hat oder haben soll, im Auge behalten, und werden dann beim Budget 2021 schauen, dass man da sicherlich den Rotstift ansetzt. Was auffallend ist, ist dass der Personalaufwand seit der Rechnung 2018 mit dem Budget 245 2020 um fast eine Million gestiegen ist.

Stadtratspräsidentin, Amélie Evard: Danke. Sprecher SP-Fraktion.

250 **SP-Fraktion, Tobias Egger:** Die SP-Fraktion stimmt dem Budget in der vorliegenden Form zu. Wir stellen fest, dass Investitionen von über 8 Millionen anstehen und hoffen, dass diese umgesetzt werden. Insbesondere zum Beispiel in Bezug auf Schulliegenschaften und auf Spielplätze, die nach unserer Ansicht in einem schlechten Zustand sind.

255 **Stadtratspräsidentin, Amélie Evard:** Sprecherin Bürgerliche Fraktion.

Bürgerliche Fraktion, Susanne Schneiter Marti: Die Bürgerliche Fraktion ist zweigeteilt. Die eine Hälfte folgt der Begründung des Gemeinderats und hofft auf die Investitionen, wie es die GPK erwähnt hat. Die andere Hälfte ist nicht zufrieden mit der Genauigkeit der Budgetierung und wird dementsprechend abstimmen.

260 **Stadtratspräsidentin, Amélie Evard:** Besten Dank. Wir gehen das Dokument durch, um die offenen Fragen zu behandeln. Seite 3 bis 15. Markus Baumann.

265 **Markus Baumann, SVP:** Ich habe eine Frage zum Budgetposten Verkehrsberuhigung Nidau West und Aalmatten. Wir werden heute über Nidau West und Zihlstrasse abstimmen. Hier ist zusätzlich das Aalmatten Quartier aufgeführt. Heisst das, dies wird nächstes Jahr auf uns zukommen?

270 **Ressortvorsteher Finanzen, Martin Fuhrer:** Als dies budgetiert wurde, wurde davon ausgegangen, dass das Aalmatten Quartier ebenfalls im Projekt inbegriffen ist, über das der Stadtrat heute Abend abstimmt. Dies wurde anschliessend geändert. Was als nächstes Projekt folgt, ist noch nicht festgelegt.

275 **Stadtratspräsidentin, Amélie Evard:** Seiten 16 bis 23? Kathleen Lützelschwab Rickenbacher.

Kathleen Lützelschwab Rickenbacher, SP: Wir haben eine generelle Frage zu den Honoraren. Uns ist aufgefallen, dass die gestiegen sind. Gibt es Erklärungen dazu?

280 **Ressortvorsteher Finanzen, Martin Fuhrer:** Die komplette Auflistung kann ich nicht ad hoc geben, denn es sind relativ viele Posten darin enthalten. Ein Beispiel ist die Bauverwaltung, die verpflichtet ist, zwei Bauverwalter zu haben. Im Moment haben wir eine Mitarbeiterin, die diese Bauverwaltung ausführen kann. Deshalb haben wir den Budgetposten, mit welchem wir externe Hilfe in Anspruch nehmen können, falls es notwendig sein sollte. Aber wie bei zahlreichen anderen Einzelposten hoffen wir, dass wir es nicht in Anspruch nehmen müssen. Aufgrund solchen Posten,
285 die zur Absicherung notwendig sind, sind die budgetierten Honorarausgaben relativ hoch.

Markus Baumann, SVP: Eine Frage zum gleichen Thema. Spielt hier die Geschichte mit dem ehemaligen Abteilungsleiter Infrastruktur Ulrich Trippel eine Rolle? Sind diese Ausgaben auch dort budgetiert? Ich nehme an, es gibt weitere Rechtskosten?

290 **Ressortvorsteher Finanzen, Martin Fuhrer:** Das gibt sicherlich Rechtskosten, aber dies ist nicht ein spezieller Posten, der so budgetiert ist.

295 **Markus Baumann, SVP:** Eine weitere Frage - was ist unter Kontakt zu Industrie und Gewerbe zu verstehen?

Ressortvorsteher Finanzen, Martin Fuhrer: Darunter ist die Organisation eines Netzwerkanlasses für die Wirtschaft zu verstehen.

300 **Stadtratspräsidentin, Amélie Evard:** Besten Dank. Gibt es weitere Fragen zu den Seiten 24 bis 59? Falls keine weiteren Fragen bestehen, übergebe ich das Schlusswort dem zuständigen Gemeinderat. Dies wird nicht gewünscht. Somit kommen wir zur Abstimmung.

Stadtratsbeschluss

305 Der Stadtrat von Nidau beschliesst mit 19 Ja / 7 Nein / 2 Enthaltungen, gestützt auf Art. 6, Abs. 2 und 3 des Reglements über die Übertragung der Aufgaben in den Bereichen Feuerwehr und Gemeindeführung in Katastrophen und Notlagen:

1. Die Feuerwehrdienstersatzabgabe für das Jahr 2020 wird auf 10.5% des einfachen Steuerbetrages festgesetzt.
2. Die Ersatzabgabe beträgt mindestens CHF 40.00 und darf den vom kantonalen Recht festgelegten Höchstsatz nicht überschreiten.
3. Der Gemeinderat wird mit dem Vollzug beauftragt.

315 Der Stadtrat von Nidau beschliesst gestützt auf Artikel 55 Buchstabe e der Stadtordnung und unter Vorbehalt des fakultativen Referendums gemäss Artikel 35 der Stadtordnung:

1. Das mit einem Gesamtaufwandüberschuss von CHF 4'420'444.95 (Allgemeiner Haushalt: CHF 3'977'187.95; Spezialfinanzierungen: CHF 443'257.00) abschliessende Budget für das Jahr 2020 wird genehmigt.
2. Im Jahre 2020 werden folgende Gemeindesteuern erhoben:
 - a) Auf den Gegenständen der Staatssteuern (Einkommen, Vermögen, Gewinn, Kapital)
320 das 1,7fache der kantonalen Einheitsansätze.

- b) Eine Liegenschaftsteuer von 1,5 ‰ des amtlichen Wertes.
 3. Der Gemeinderat wird mit dem Vollzug beauftragt.

7. Künftiger Betrieb der Informatik der Stadtverwaltung

Ressort
Sitzung

Präsidentiales
21.11.2019

325 nid 9.3.4 / 16

Stadtratspräsidentin, Amélie Evard: Wir kommen zum Traktandum 7, dem künftigen Betrieb der Informatik der Stadtverwaltung. Wird das Eintreten auf dieses Geschäft bestritten? Dies scheint nicht der Fall zu sein. Ich über gebe das Wort der Stadtpräsidentin Sandra Hess.

330

Stadtpräsidentin, Sandra Hess: Sehr geehrte Frau Stadtratspräsidentin, sehr geehrte Stadträtinnen und Stadträte. Das Geschäft, welches hier vorliegt, ist zweiteilig. Im ersten Teil geht es um die Beantwortung des Postulats, das fragt, ob eine Internalisierung der IT Sinn machen würde. Im zweiten Teil des Geschäfts geht es um einen Antrag des Gemeinderats, dass man den Stellenplan um 50% erhöht mit dem Zweck eine IT-Managementstelle zu schaffen.

335

Zuerst möchte ich etwas zum Postulat sagen. Wir sind froh, dass wir diese Auslegeordnung machen konnten. Es gab uns einen guten Überblick über die Anforderungen der IT, vor allem auch über die Kostensituation. Und ich glaube Sie waren hier der gleichen Meinung wie wir, da wir alle den Eindruck hatten, dass die IT-Kosten Jahr für Jahr steigen. Der Bericht zeigt nun auf, dass die IT-Kosten stabil sind. Das ist sicherlich für etwas wie IT, das heutzutage für die überwiegende Mehrzahl der Unternehmen absolut systemrelevant ist, sehr wichtig, dass man hier die nötigen Mittel hat, dass das gut funktioniert und dass es professionell betrieben wird. Entsprechend gross ist natürlich auch der Kostenblock, der damit verbunden ist. Und das ist bei uns nicht anders. Wir waren froh, dass wir prüfen konnten, ob es Sinn ergibt, dass man die IT intern aufbauen würde. Man kam zum klaren Schluss dass nein, es würde sich nicht lohnen. Die Kostenverhältnisse stehen in keinem guten Kosten-Nutzen-Verhältnis. Es ist viel lohnender, wenn man diese Dienstleistungen gezielt einkaufen kann. Das ist effizienter als selbst aktiv zu werden. Wir können so sicherstellen, dass wir ein funktionsfähiges System haben, mit den entsprechenden Tools, die wir brauchen, welche auf unsere Bedürfnisse abgestimmt sind, und welche auf dem Markt funktionieren. Deshalb kommt der Gemeinderat klar zum Schluss, dass man am Outsourcing festhalten soll und das Konzept in dem Sinne weiterverfolgen soll.

340

345

350

Jetzt ist es natürlich nicht so, dass die IT intern kein Thema mehr ist. Die muss natürlich intern betreut werden, und deshalb kommen wir zum zweiten Teil dieses Geschäftes, dass diese IT Funktion im Moment nicht im Stellenplan enthalten ist. Das heisst, die dafür notwendigen Ressourcen wurden in früheren Arbeitsplatzbewertungen nicht berücksichtigt. Arbeitsplatzbewertungen macht man ja ab und zu, um zu schauen, ob die entsprechenden Einsätze von personellen Ressourcen mit den Aufgaben übereinstimmen.

355

Die IT hat man bis jetzt in der Praxis pragmatisch gelöst, das kann man so sagen. Man hat Stellenprozente der Abteilung Zentrale Dienste dafür eingesetzt und nach zwei Jahren Erfahrung können wir darum auch sagen, dass wir sicher über die Grundlagen verfügen. Wir sehen, was wir brauchen und wir sehen, was für einen Aufwand nötig ist. Wir kommen zum Schluss, dass die Empfehlung, die in diesem Bericht ist – der von einem externen Experten erstellt wurde – und die besagt es brauche eine 50% Stelle, diese stimmt mit unseren Erfahrungen der letzten Jahre überein.

360

365

Dass es Ressourcen für die IT braucht, das ist klar. Und das wurde damals auch mit der Einführung der GEVER, der elektronischen Geschäftsverwaltung und des Langzeit Archivierungssystems,

dargelegt. Es wurde dargelegt, dass es eine 20% Stelle für die GEVER brauchen wird. Nun haben wir aber natürlich nicht nur die elektronische Geschäftsverwaltung bei uns in der Stadt. In allen Abteilungen gibt es entsprechende Anwendungen und Programme, die betreut werden müssen.

370 Deshalb ist es auch wichtig, dass man eine zentrale Anlaufstelle hat, die über das entsprechende Know-how verfügt. Diese kann helfen, wenn sofort Unterstützung gebraucht wird. Es braucht auch jemanden, der den Überblick über die Infrastruktur in diesem Bereich hat, und der bei einer Störung reagieren kann. Wie wir alle wissen, manchmal wenn man ein Update gemacht hat, dann geht gar nichts mehr und entsprechend ist es wichtig, dass man jemanden in der Verwaltung hat,

375 der als zentrale Anlaufstelle für dies zuständig ist.

Wie schon erwähnt, bis anhin haben wir die Stelle mit den bestehenden Ressourcen der Zentralen Dienste aufgefangen. Diese Lösung dient aber nicht mehr. Die Arbeitslast in den Zentralen Diensten ist hoch, die Komplexität der Arbeit, die anfällt hat enorm zugenommen. Die Verkehrsplanung ist beispielsweise ein Thema. Es gibt auch immer mehr Petitionen und Vorstösse. Das Gemeinderatsgeschäft ist viel komplexer und braucht immer mehr Ressourcen. Nicht zuletzt hat auch der Gemeinderat eine neue Strategie was die Öffentlichkeitsarbeit angeht festgelegt. Sie können sich erinnern, das Informationskonzept wurde vorgestellt, das ist noch nicht so lange her. Seither ist institutionalisiert, dass Medienmitteilungen der Beschlüsse des Gemeinderats veröffentlicht werden. Wie Sie vielleicht auch schon bemerkt haben, kriegt man die Stadtratsunterlagen nun ein

380 wenig früher. Wir haben ein grosses Interesse daran, dass die Leute informiert sind, und so schnell wie möglich an die Informationen gelangen können. Und ja, auch dies braucht natürlich Ressourcen. Fazit ist, dass die Zentralen Dienste diese 50% Stelle zurück brauchen, wenn man das so sagen will. Die Funktion bleibt natürlich bei den Zentralen Diensten, aber da muss man Stellenpläne über 50% erhöhen, weil die Belastungsgrenze für die Mitarbeitenden im Tagesgeschäft seit längerer Zeit überschritten ist. Das ist für eine gewisse Zeit lang okay, das wird von den Leuten auch mitgetragen, das ist nicht so ein Problem. Aber wenn der Ausnahmezustand quasi zum Normalzustand wird, dann muss man reagieren, und das ist das, was wir heute machen. Weil wenn wir das nicht tun, wenn der Ausnahmezustand zum Normalzustand wird, dann sind die Leute permanent überlastet. Dann werden sie entweder krank oder sie laufen davon. Das

385 können, und dürfen wir uns, wollen wir uns nicht leisten.

Der Gemeinderat muss reagieren, und wir müssen der Verwaltung die Ressourcen zur Verfügung stellen, die sie braucht, um die Aufgaben zu erfüllen, welche wir erfüllen müssen und dürfen. Und deshalb kommt der Antrag der Erhöhung des Stellenplanes um 50% für diese IT-Stelle.

Zu den finanziellen Auswirkungen kann ich auch noch etwas sagen. Im Vortrag steht die Zahl

390 70'000. Es ist wichtig zu sagen, dass dies eine rechnerische Grösse ist. Wenn man einen Mitarbeitenden einstellt, dann ordnet man ihn entsprechend seinem Alter, seiner Ausbildung, seiner Funktion in das Gehaltsklassensystem der Stadt ein. Und je nachdem wie die Qualifikation ist, wie das Alter ist etc. wird der Lohn festgelegt. Die tatsächliche Summe kann variieren. Der Gemeinderat legt darum einfach dar, was der Durchschnittswert dieser Stelle ist, oder anders gesagt, was eine

395 solche Stelle kosten könnte, oder kosten würde. Wichtig ist auch zu sagen, dass dies inklusive Arbeitgeberbeiträge ist. Diese Zahl ist absolut nicht mit dem effektiven Lohn gleichzustellen, welchen wir dann auszahlen würden. Und sie entspricht auch nicht den aktuellen Kosten, die für diese Tätigkeiten anfallen würden. Es ist einfach mit was man rechnen muss, was die Stelle kosten wird. Wir haben das so dargelegt, im Sinne der Vollständigkeit und maximaler Transparenz.

400 So, dass sie einschätzen können, wie sich das in Etwa auf die Lohnkosten der Stadt auswirken könnte. Dies ist ja schlussendlich auch die Grösse, welche für den Finanz- und für den Stadthaushalt wichtig ist.

405

410

Vielleicht noch die Frage: was passiert, wenn man die Stelle ablehnt? Grundsätzlich kann ich sagen, dass die IT Aufgabe weiterhin erfüllt werden muss. Wir werden die aber natürlich auf das absolut nötigste beschränken. So, dass die IT im Alltag weiterhin minimal betreut werden kann und abgedeckt ist. Aber man kann sicher sagen, dass einige wichtige Ausgaben wie zum Beispiel eine systematische Kostenkontrolle oder das Risikomanagement nicht wahrgenommen werden könnten. Wir müssten auch sicherlich wie wir schon im Budget gesehen haben, mehr externe Fachkräfte miteinbeziehen, und dies würde schlussendlich Kosten verursachen. Und last but not least, müssten wir Lücken in den Zentralen Diensten akzeptieren. Das heisst es würde zu längeren Bearbeitungszeiten kommen und dies würde sich auf die Dienstleistungsqualität der Stadt auswirken. Und ich glaube nicht, dass dies ein Ziel ist, das wir ansteuern wollen. Der Gemeinderat empfiehlt Ihnen diese Stellenerhöhung um 50% zu genehmigen und somit die offizielle Schaffung dieser IT Management Stelle zu befürworten.

425

Stadtratspräsidentin, Amélie Evard: Besten Dank. Sprecherin GPK.

Sprecherin GPK, Pauline Pauli: Der Gemeinderat beantwortet mit dem vorliegenden Bericht das Postulat und unterbreitet dem Stadtrat gleichzeitig ein entsprechendes Geschäft. Die GPK erachtet diese Vorgehensweise als speditiv und empfiehlt dieses Geschäft dem Stadtrat zu übergeben. Die GPK überlässt es zudem dem Stadtrat über die einzelnen Punkte des vorliegenden Geschäfts separat abzustimmen, falls er es als notwendig erachtet.

435

Stadtratspräsidentin, Amélie Evard: Vielen Dank. Sprecher SVP-Fraktion.

SVP-Fraktion, Oliver Grob: Die SVP-Fraktion stimmt dem Gemeinderat zu, dass eine Internalisierung der IT heute nicht einzuführen ist. Für jede Applikation braucht es spezifisches Fachwissen. Nichts desto trotz sind wir erstaunt über die erneute Erhöhung der Stellenprozente zur Schaffung der IT-Stelle. Bereits 2016 wurde eine 50% Stelle geschaffen. Gemäss Gemeinderat ist eine lokale Ansprechstelle richtig und wichtig, um Ausfälle und Störungen zentral abzufangen. Wir sind jedoch der Ansicht, dass es für dies andere Prozentstellen gibt. Die entsprechende Kostenkontrolle wurde angesprochen. Dies kann meines Wissens auch von einem Abteilungsleiter übernommen werden und das sollte reichen. Wir lehnen das Geschäft in dieser Form ab.

445

Stadtratspräsidentin, Amélie Evard: Danke. Sprecherin SP-Fraktion.

SP-Fraktion, Noemi Kallen: Die SP-Fraktion stimmt dem Geschäft einstimmig zu.

450

Stadtratspräsidentin, Amélie Evard: Sprecherin Bürgerliche Fraktion.

Bürgerliche Fraktion, Susanne Schneiter Marti: Die Bürgerliche Fraktion lehnt dieses Geschäft einstimmig ab.

455

Stadtratspräsidentin, Amélie Evard: Sprecher Fraktion EVP/Grüne.

Fraktion Grüne/EVP, Michael Döhrbeck: Die Fraktion Grüne/EVP ist grundsätzlich einverstanden, hat aber noch Fragen zum Geschäft.

460

Stadtratspräsidentin, Amélie Evard: Somit eröffne ich die Diskussion und übergebe das Wort Tobias Egger.

Tobias Egger, SP: Ich möchte mich als Postulant zu Wort melden. Ich habe mich ebenfalls mit Leander Gabathuler über den Teich ausgetauscht – das ist ja heutzutage problemlos möglich. Ich wollte wissen, was er dazu zu sagen hat, da wir das Postulat ja zusammen eingegeben haben. Er ist ein bisschen enttäuscht, weil wir uns eigentlich gedacht hatten, dass wir hier etwas finden, bei dem wir vielleicht ein bisschen sparen könnten - etwas internalisieren und unter dem Strich wäre es dann vielleicht ein bisschen günstiger gekommen. Die Realität ist manchmal weniger interessant als die Idee, die man am Anfang hatte. Ich persönlich sehe es eher so, dass man nun diesem Geschäft folgen muss. Ich bin der Meinung, dass eine Notwendigkeit besteht. So wie ich Leander Gabathuler verstanden habe, sieht er es weniger so. Ich gehe davon aus, dass er dagegen wäre, wenn er hier wäre. Ich wollte seine Meinung einfach kurz hier für ihn vertreten, so dass er auch Gehör finden kann.

Jetzt zu meiner Meinung und weshalb ich finde, dass wir diesem Geschäft zustimmen müssen. Der Bericht zeigte, dass die IT-Kosten in den letzten 3 Jahren stabil waren. Wenn man jetzt hier eine extra Stelle einführt, dann kostet es aber trotzdem wieder mehr. Allerdings muss man nur die Zeitung öffnen um zu sehen, dass beispielweise in der Stadt Bern zum Teil in ganz anderen Bereichen zusätzliche Kosten im IT-Bereich dazu kommen. Bei diesem Thema bin ich der Meinung, dass es eine Notwendigkeit ist. Ob man jetzt Freude daran hat eine neue Stelle zu schaffen oder nicht. Aber wir haben mehrere Fachapplikationen, mit denen in dieser Gemeinde gearbeitet wird und wir haben über 60 individuelle Arbeitsplätze. Ich kann aus meiner Erfahrung sagen, dass man bei meiner Arbeitsstelle mit deutlich weniger Arbeitsplätzen eine 100% Stelle hat, die Support und Controlling in der IT macht. Das ist vielleicht ein wenig viel, aber in dem Sinne finde ich, dass 50% sicher nicht zu viel ist, sondern eher angemessen für unsere Verwaltung. Aus diesem Grund bitte ich Sie diesem Geschäft zuzustimmen.

Stadtratspräsidentin, Amélie Evard: Danke, Tobias Egger. Ich übergebe das Wort Michael Döhrbeck.

Michael Döhrbeck, Grüne: Die Funktion des IT-Managements wurde im Grunde schon vor 2 Jahren eingeführt, momentan allerdings im Stellenetat der Stadtkanzlei. Neu soll nun diese Aufgabe im gleichen Umfang separat eingestellt werden. Haben wir das richtig verstanden, dass dadurch faktisch nicht die IT, sondern die Stadtkanzlei über 50 zusätzliche Stellenprozent verfügen wird?

Stadtratspräsidentin, Amélie Evard: Möchte die Stadtpräsidentin Stellung nehmen?

Stadtpräsidentin, Sandra Hess: Ja, ich kann dies gerne erklären. Es ist so, dass der Stadtrat den Gesamtstellenplan der Stadtverwaltung bewilligt. Danach ist es die Aufgabe des Gemeinderats und der Verwaltung festzulegen, wo wie viele Stellenprozente eingesetzt werden. Und wir sagen Ihnen im vorliegenden Geschäft, weshalb eine Erhöhung notwendig ist, weil diese IT-Funktion so viele Ressourcen braucht. Jetzt ist diese IT-Funktion oder Aufgabenerfüllung bei den Zentralen Diensten angesiedelt. Darum sagen wir, dort sind die Ressourcen bis anhin quasi weggenommen worden. Aber das geht eigentlich nicht, weil die anderen Aufgaben müssen ja auch erfüllt werden. Und wenn man das so eingrenzen will, dann brauchen die Zentralen Dienste 50% mehr, weil diese IT-Management-Funktion da eingegliedert ist.

Zudem möchte ich gerne noch auf das Votum der SVP-Fraktion reagieren. Wir haben vor zwei Jahren keine 50% Stelle für die IT kreiert. Das wäre ein Missverständnis. Die IT-Stelle ging zulasten des bestehenden Stellenetats der Zentralen Diensten.

510 **Stadtratspräsidentin, Amélie Evard:** Besten Dank. Gibt es weitere Wortmeldungen? Ich erteile das Wort Michael Döhrbeck.

Michael Döhrbeck, Grüne: Die Kosten, die im Geschäft ausgewiesen sind für eine 50% Stelle, das sind 120'000 Franken für eine 100% Stelle, also 10'000 Franken im Monat. Dies scheint mir
515 einen hohen Lohn für einen IT Manager zu sein, auch wenn die Arbeitgeberbeiträge inbegriffen sind. Ich gehe davon aus, dass der Arbeitsplatz etc. nicht darin enthalten ist?

Stadtratspräsidentin, Amélie Evard: Ich übergebe das Wort Stadtpräsidentin Sandra Hess.

520 **Stadtpräsidentin, Sandra Hess:** Es handelt sich dabei um eine Rechnungsgrösse und einen rechnerischen Durchschnittswert, von dem man ausgehen muss, wenn man diese Stelle besetzen will. Es hat einen ziemlich grossen Einfluss auf die Lohnsumme, ob diese Stelle von einem 25-Jährigen mit wenig Berufserfahrung ausgeführt wird, oder von einer routinierten Kraft kurz vor 60 mit viel Berufserfahrung. Es ist eine rechnerische Grösse und nicht die Lohnsumme, die auf dem
525 Lohnausweis dieser Person steht.

Stadtratspräsidentin, Amélie Evard: Danke. Ich übergebe das Wort Markus Baumann.

530 **Markus Baumann, SVP:** Ich habe noch eine Frage. Wieso werden immer mehr Stellen geschaffen, und keine reduziert? Niemand reduziert gerne Stellen, aber beispielsweise wurde der Gemeinderat auf papierlos umgestellt und das schafft sicherlich Ressourcen in der Verwaltung. Dasselbe ist im Stadtrat vorgesehen. Man kann Ressourcen einsparen, da bin ich dafür. Aber diese verpuffen irgendwo und dann kommt wieder die Anfrage nach mehr Stellenprozenten. Das finde ich nicht ganz richtig. Zudem kann ich aus Erfahrung sagen, dass wenn Mitarbeitende überlastet und überarbeitet sind, es dann vielleicht auch mal gut wäre, die Strukturen und Prozesses zu hinterfragen. Vielleicht könnte man auch dort Verbesserungen anbringen.

Stadtratspräsidentin, Amélie Evard: Besten Dank. Gibt es weitere Wortmeldungen aus dem Rat? Dies scheint nicht der Fall zu sein. Wünscht die Stadtpräsidentin das Schlusswort? Nein. Somit kommen wir zur Abstimmung.
540

Stadtratsbeschluss

Der Stadtrat von Nidau gestützt auf Artikel 54 Absatz 1 Buchstabe i, sowie Absatz 2 Buchstabe b der Stadtordnung, beschliesst:

- 545
1. Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.
 2. Die Gesamtzahl der zu bewirtschaftenden Stellen des Stadtpersonals wird um 50 Stellenprozent erhöht. 17 Ja / 11 Nein bewilligt
 3. Das Postulat «Interne Lösung IT» wird als erfüllt abgeschrieben. 23 Ja / 3 Nein / 3 Enthaltungen

550

8. Verkehrsberuhigung Nidau West und Zihlstrasse – Investitionskredit

Ressort
Sitzung

Sicherheit
21.11.2019

Stadtratspräsidentin, Amélie Evard: Wir kommen zu Traktandum 8. Wird das Eintreten auf dieses Geschäftes bestritten? Dies scheint nicht der Fall zu sein. Somit übergebe ich das Wort der
555 zuständigen Gemeinderätin Sandra Friedli.

Ressortvorsteherin Sicherheit, Sandra Friedli: Frau Stadtratspräsidentin, werte Anwesende. Mit diesem Geschäft legen wir Ihnen verkehrsberuhigende Massnahmen in Nidau West und der Zihlstrasse vor. Konkret heisst das, dass diese Massnahmen Tempo 30 auf den Quartierstrassen
560 zwischen der Hauptstrasse und der Dr. Schneider-Strasse sowie der Zihlstrasse vorsehen. Diese Massnahmen sind im Sinne von Sofortmassnahmen zu verstehen. Wieso ist der Gemeinderat der Überzeugung, dass zum jetzigen Zeitpunkt in diesem Bereich Sofortmassnahmen notwendig sind? Das hat mehrere Gründe. Wir hatten einerseits seit einiger Zeit verschiedene Petitionen von Seite der Bürgerinnen und Bürger, hatten aber auch parlamentarische Vorstösse. Einige will ich hier
565 gerne erwähnen. Die Petition von 2017 forderte, dass mit der Einführung von Tempo 30 auf der Hauptstrasse, auch die Gemeindestrassen verkehrsberuhigt werden. Des Weiteren die Petition von 2016, welche forderte, dass auf der Zihlstrasse verkehrsberuhigende Massnahmen eingeführt werden. Die Petition von 2019 die forderte, dass im Zusammenhang mit der Ortsdurchfahrt und der Einführung von Tempo 30 keine Verdrängung auf die angrenzenden Quartierstrassen passiert.
570 Und nicht zuletzt die im September eingereichte Interpellation, die nach Begleitmassnahmen auf den angrenzenden Quartierstrassen im Zusammenhang mit der Einführung von Tempo 30 auf der Hauptstrasse fragt.

Zudem verdeutlichten sich bei der Erarbeitung des Gesamtverkehrskonzepts in Zusammenarbeit mit der Begleitgruppe die Schulwegsicherheit und die Verkehrsberuhigung als brennendste Themen. Diese Gründe bewegten den Gemeinderat sofort auf die dringenden Anliegen und auch auf
575 die aktuellen Veränderungen auf der Hauptstrasse zu reagieren.

Bei der Ausarbeitung dieses Massnahmenkonzepts hat sich auch bestätigt, wie Sie im Vortrag sehen können, dass der Schleichverkehr von Nidau West, also durch die Dr. Scheider-Strasse und den Balainenweg überraschend hoch ist. Mit dem hatte niemand gerechnet, dass tatsächlich so
580 viele Autos schon jetzt über das Quartier ausweichen, Autos die eigentlich im Quartier nichts zu suchen haben.

Die Einführung von Tempo 30 ist ersichtlich, man kann heutzutage kaum noch durch ein Dorf, geschweige denn durch eine Stadt fahren, ohne Tempo 30 zu sehen, insbesondere in den Wohnquartieren. Das wird immer häufiger eingesetzt und mittlerweile kann man sagen, dass Tempo 30
585 insbesondere in den Wohnquartieren Standard ist. Tempo 30 ist eines der wirksamsten Mittel zur Verbesserung der Sicherheit des Langsamverkehrs. Insbesondere wird es oft im Umfeld von Kindergärten und Schulen angewendet. Schweizweite Unfallstatistiken beweisen all dies eindeutig. Wo Tempo 30 ist, nehmen Unfälle massiv ab. Die Unfälle, die noch passieren, sind wesentlich weniger schwerwiegend. Auch die Unfallstatistik der Stadt Nidau zeigt ganz klar, dass wo Tempo 30
590 schon herrscht, da passieren keine Unfälle mehr. Alle Unfälle, die noch passieren, sind ab Tempo 50.

Oft hat man einige Bedenken bei der Einführung von Tempo 30 Zonen, vor allem dort, wo es viel Verkehr hat. Das führt am Anfang zum Teil zu Unsicherheiten. Es ist aber so, dass diese sich meistens innerhalb von einem halben Jahr legen. Die zahlreichen Beispiele von Tempo 30 Zonen
595 zeigen, dass die subjektive Unsicherheit, die bei einigen Verkehrsteilnehmern herrscht, nicht den objektiven Fakten entspricht. Bei dem vorliegenden Projekt kann man sagen, dass auf dem Balainenweg die Fussgängerstreifen erhalten bleiben, ebenfalls auf der Hauptstrasse.

Das wichtigste Ziel, das wir mit diesen Massnahmen erreichen können, ist die Verminderung des Durchgangsverkehrs und die Erhöhung der Verkehrssicherheit für alle auf diesen Strassen. Insgesamt kann man auch sagen, dass Tempo 30 Zonen die Wohn- und Lebensqualität der Wohnbevölkerung steigern. Diese Sofortmassnahmen, welche wir Ihnen hier vorlegen, sind auf dem Zielbild Verkehrsberuhigung aus dem Gesamtverkehrskonzept. Es sind Basismassnahmen, welche bei Bedarf mit weiteren Massnahmen ausgebaut werden können. Diese sind als Begleitmassnahmen zu verstehen zur Einführung von Tempo 30 auf der Hauptstrasse. Hier ist die Einsprachefrist ungenutzt abgelaufen. Es ist vorgesehen, dass Tempo 30 ab Ende 2019 auf der Hauptstrasse eingeführt wird. Deshalb ist es auch anstrebenswert, dass wir auf die neue Situation reagieren. In dem Sinne bitte ich Sie, hier zuzustimmen.

Stadtratspräsidentin, Amélie Evard: Danke Gemeinderätin Sandra Friedli. Sprecherin GPK.

Sprecherin GPK, Susanne Schneiter Marti: Die GPK empfiehlt einstimmig dieses Geschäft dem Stadtrat zu übergeben. Bemerkung: Bevor das Mitwirkungsverfahren zum Gesamtverkehrskonzept eröffnet ist, liegen dem Stadtrat darauf basierende Massnahmen vor. Die Gründe haben Sie eben gehört. Die GPK bemerkt, dass die öffentliche Mitwirkung noch nicht stattgefunden hat.

Stadtratspräsidentin, Amélie Evard: Sprecherin SP-Fraktion.

SP-Fraktion, Bettina Bongard: Die SP-Fraktion stimmt diesem Investitionskredit einstimmig zu. Wir werden jedoch einen Antrag stellen.

Stadtratspräsidentin, Amélie Evard: Sprecher Bürgerliche Fraktion.

Bürgerliche Fraktion, Thomas Spycher: Die Bürgerlich Fraktion ist auch einstimmig dafür.

Stadtratspräsidentin, Amélie Evard: Sprecherin Fraktion Grüne/EVP.

Fraktion Grüne/EVP, Carine Stucki Steiner: Die Fraktion Grüne/EVP stimmt diesem Investitionskredit zu und wir werden ebenfalls einen Antrag stellen.

Stadtratspräsidentin, Amélie Evard: Sprecher SVP-Fraktion.

SVP-Fraktion, Oliver Grob: Die SVP-Fraktion war etwas überrascht über das Vorgehen. An der Informationsveranstaltung für Stadtratsmitglieder wurde informiert, dass demnächst ein Mitwirkungsverfahren zum Gesamtverkehrskonzept durchgeführt wird. Anscheinend soll das vorliegende Geschäft dem Mitwirkungsverfahren entzogen werden. Das können wir so nicht akzeptieren. Zumal im nächsten Traktandum expliziert wieder auf dieses Mitwirkungsverfahren hingewiesen wird. Zudem wollen wir darauf aufmerksam machen, dass dieses Geschäft den Volkswillen nicht richtig berücksichtigt. 2008 haben 61% der Stimmbürgerinnen und Stimmbürger von Nidau gegen ein flächendeckendes Tempo 30 abgestimmt. Der Gemeinderat schaut hier nicht auf den Volkswillen. Zudem ist unsere Petition, welche wir im Sommer mit über 550 Unterschriften eingereicht hatten, welche ebenfalls gefordert hat, dass auf der Hauptstrasse keine verkehrshindernden Massnahmen gemacht werden, die ist hier auch komplett ignoriert worden. Deshalb wollen wir im Anschluss einen Rückweisungsantrag stellen, damit zugewartet wird, bis die Mitwirkungsergebnisse zum Gesamtverkehrskonzept vorliegen.

645

Stadtratspräsidentin, Amélie Evard: Besten Dank. Ich eröffne hiermit die Diskussion und erteile das Wort Oliver Grob für den Rückweisungsantrag.

650 **SVP-Fraktion, Oliver Grob:** Die SVP-Fraktion stellt folgenden Rückweisungsantrag: Die SVP-Fraktion beantragt die Rückweisung des Geschäfts an den Gemeinderat, dies mit folgendem Auftrag. Der Gemeinderat wird beauftragt, das Geschäft zurückzuziehen und die öffentliche Mitwirkung zum Gesamtverkehrskonzept abzuwarten und entsprechend zu berücksichtigen.

655 **Stadtratspräsidentin, Amélie Evard:** Besten Dank. Die Diskussion zum Rückweisungsantrag ist eröffnet. Ich übergebe das Wort Markus Baumann.

660 **Markus Baumann, SVP:** Ich würde gerne ergänzen. Wir alle hier sind von der Nidauer Bevölkerung gewählt. Wir haben Stimmen erhalten und jetzt ignorieren wir sie einfach. Ich finde das eine absolute Frechheit gegenüber der Bevölkerung und erwarte, dass man die Bevölkerung mit dem Mitwirkungsverfahren miteinbezieht. Die Bevölkerung soll urteilen, was sie will und was nicht. Die Vergangenheit hat gezeigt, dass kein grosser Wert auf Mitwirkungsverfahren gelegt wird. Das haben wir in anderen Geschäften gesehen und wir werden es dann vor allem auch beim Geschäft sehen, das im Juni vors Volk kommt.

665 **Stadtratspräsidentin, Amélie Evard:** Gibt es weitere Worte zu diesem Rückweisungsantrag? Bettina Bongard.

670 **Bettina Bongard, SP:** Ja, lieber Markus Baumann, wir sind alle von der Bevölkerung gewählt, da stimme ich vollkommen zu. Aber wenn Petitionen und Anliegen von der Bevölkerung kommen, welche dringend notwendig sind, dann ist es unsere Aufgabe als gewählte Vertreterinnen und Vertreter der Bevölkerung, diese aufzunehmen, zu unterstützen und umzusetzen.

675 **Stadtratspräsidentin, Amélie Evard:** Danke. Weitere Worte zu diesem Rückweisungsantrag? Tobias Egger.

680 **Tobias Egger, SP:** Als Mitglied der GPK und auch als angehender Jurist ist es mir sehr wichtig, dass demokratische Prozesse und Abläufe eingehalten werden. Darum kann ich es nachvollziehen, dass sich die SVP hier ein bisschen in ihrem Demokratieverständnis verletzt fühlt. Ich möchte aber darauf hinweisen, dass wir in diesem Geschäft eine Dringlichkeit haben. Die Dringlichkeit liegt darin, dass der Kanton das Tempo 30 auf der Hauptstrasse einführen wird, ob wir das wollen oder nicht. Ich bin der Meinung, dass die Mehrheit hier dies sowieso will. Das wird, soviel ich informiert bin, ziemlich sicher schon vor Ende Jahr geschehen. Das heisst, dann haben wir nachher eine Strasse, die Tempo 30 ist und wenn wir keine Massnahmen ergreifen, dann müssen wir damit rechnen, dass viel Verkehr auf anliegende Quartiere ausweicht, was die Quartiere stark belastet. Unter dem Aspekt dieser Dringlichkeit erachte ich es als notwendig, diesem Geschäft hier zuzustimmen. Deshalb bin ich gegen diesen Rückweisungsantrag.

Stadtratspräsidentin, Amélie Evard: Danke. Ich übergebe das Wort Susanne Schneiter Marti.

690 **Susanne Schneiter Marti, FDP:** Ich verstehe das Votum von Markus Baumann. Auch in der GPK wurde diskutiert, ob das Vorgehen des Gemeinderats vielleicht nicht ganz den Vorgaben im weiteren Sinne entspricht aufgrund der öffentlichen Mitwirkung. Es sind zwei Argumente. Die Dringlichkeit der Massnahme, weil auf der Hauptstrasse Tempo 30 eingeführt wird – das hat der Kanton so

entschieden. Zudem möchte ich festhalten, dass von der Dr. Schneider-Strasse im Moment nicht die Rede ist. Diese ist nicht in die 30er Zone miteinbezogen.

Stadtratspräsidentin, Amélie Evard: Danke. Brigitte Deschwanden Inhelder Sie haben das Wort.

Brigitte Deschwanden Inhelder, SP: Ich möchte gerne erwähnen, dass wir nach diesem Traktandum das Traktandum einer Motion haben, welche Tempo 30 im gesamten Quartier Weidteile fordert. Diese hat 18 Unterschriften des Stadtrats, insbesondere 2 Unterschriften der SVP. Nun verwundert es mich schon ein bisschen, dass dieser Rückweisungsantrag gestellt wird, weil in dieser Begründung steht «Leidensdruck und Handlungsbedarf sind gross, es kann nicht auf das Gesamtverkehrskonzept gewartet werden». Ich frage mich daher warum Stadträte aus der SVP das unterschreiben und gleichzeitig eine Rückweisung erwarten.

Stadtratspräsidentin, Amélie Evard: Besten Dank. Ich erteile das Wort Thomas Spycher.

Thomas Spycher, FDP: Ich möchte an dieser Stelle auch noch einen Wink an die SVP geben, welche das Volk so ernst nimmt. Man kann das Volk auch hinter das Licht führen, indem man eben eine Petition macht «Hauptstrasse nicht Tempo 30» obwohl man dies gar nicht beeinflussen kann.

Stadtratspräsidentin, Amélie Evard: Vielen Dank. Kathleen Lützelschwab Rickenbacher hat das Wort.

Kathleen Lützelschwab Rickenbacher, SP. Ich glaube, wenn die Bevölkerung Morgen in der Zeitung liest, dass der Stadtrat das Tempo 30 aus verzögerungstaktischen Gründen, oder aus anderen Gründen ablehnt, dann wird dies von der Bevölkerung überhaupt nicht verstanden. Mir ist es unbegreiflich, wie man gegen Tempo 30 sein kann. Wir haben das mit den Unfällen gehört. Ich kann mich noch daran erinnern, als Kind sassen wir hinten im Auto, ohne Kindesitze und natürlich auch nicht angegurtet, weil unsere Eltern auch nicht angegurtet waren. Heute sagt man «geht's eigentlich noch, wie hat man so fahren können?!» Die Unfallstatistik hat ja gezeigt wie gefährlich das ist. Heute diskutieren wir, ob wir in Quartieren, in welchen es Kindergärten und Schulen hat, ob wir da noch 50 fahren sollen. Unsere Kinder werden ihren Kindern irgendwann mal erzählen «stellt euch mal vor, die fuhren 50 durch diese Quartiere», ich weiss dann nicht, was die sonst noch dazu sagen.

Stadtratspräsidentin, Amélie Evard: Vielen Dank. Esther Kast.

Esther Kast, Grüne: Es ist doch schön, dass die SVP die Initiative für Tempo 30, welche damals von den Grünen lanciert wurde, so vorführt. Wir haben diese damals tatsächlich verloren, aber ich bin überzeugt, dass wir sie heute gewinnen würden. Markus Baumann sagt, wir würden die Bevölkerung vertreten. Wenn ich als Grüne gewählt bin und nun sage ich bin gegen Tempo 30, dann habe ich definitiv Vertrauen verloren. Und übrigens: Die Mehrheitsverhältnisse haben sich seit der Abstimmung dazumal geändert.

Stadtratspräsidentin, Amélie Evard: Besten Dank. Weitere Wortmeldungen?

740

Michael Rubin, Grüne: Es wurde schon mehrfach gesagt, dass das Vorgehen nicht gerade Begeisterungstürme auslöst. Das ist tatsächlich auch für mich speziell, dass man bei so einem Gesamtverkehrskonzept nicht auf die Mitwirkung der Bevölkerung wartet. Es ist auch schon mehrfach gesagt worden, dass die Dringlichkeit hoch ist und dies ist auch das schlagende Argument.
745 Und dann will ich noch sagen, die Zonen, um welche es sich hier handelt, - Nidau West und Zihlstrasse - wer heute dort noch 50 fährt, also ich weiss nicht, ob es heute überhaupt noch möglich ist, auf diesen Strassen 50 zu fahren. Diese Anpassungen entsprechen den heutigen Umständen, würde ich sagen. Mehr als 30 kann man dort sowieso nicht fahren.

750 **Stadtratspräsidentin, Amélie Evard:** Vielen Dank. Markus Baumann.

Markus Baumann, SVP: Ich möchte kurz präzisieren. Ich habe nicht gesagt, dass jemand gegen Tempo 30 sein muss oder dafür, sondern dass man die Bevölkerung von Anfang an mit ins Boot nehmen muss.

755

Stadtratspräsidentin, Amélie Evard: Gibt es noch weitere Worte zu diesem Rückweisungsantrag bevor wir zur Abstimmung kommen? Oliver Grob.

Oliver Grob, SVP: Nochmals kurz zur Klarstellung. Wenn wir ein Gesamtverkehrskonzept haben, dann ist es ein Gesamtverkehrskonzept, nicht wie jetzt hier nur ein Teilverkehrskonzept. Ich verstehe es einfach nicht - wenn man schon auf diesem Gesamtverkehrskonzept beharrt und die Bevölkerung mitwirken soll, dann lasst diese auch mitwirken. Wenn es entsprechend so von diesen Quartieren gefordert wird, dann sollten wir diese Massnahmen durchführen, das ist kein Thema. Aber einfach hier etwas durchdrücken, bevor das Volk beim Gesamtverkehrskonzept mitreden konnte, das kann ich nicht akzeptieren.
760
765

Stadtratspräsidentin, Amélie Evard: Gibt es weitere Wortmeldungen zu diesem Rückweisungsantrag? Wenn dies nicht der Fall ist, gelangen wir zur Abstimmung.

770 Der Stadtrat lehnt den Rückweisungsantrag wird mit 6 Ja / 21 Nein / 1 Enthaltung ab.

Die Diskussion zum Geschäft ist hiermit eröffnet. Gibt es weitere Wortmeldungen? Ich erteile das Wort Bettina Bongard.

Bettina Bongard, SP: Die vorliegende Analyse des Verkehrskonzeptes zeigt deutlich auf, dass wir massives Verkehrsaufkommen im Bereich Strandweg und Balainenweg haben. Der Schleichverkehr auf der Dr. Schneider-Strasse und dem Balainenweg ist mit 63% enorm und verteilt sich auf die umliegenden Quartierstrassen. Genau in diesen Strassen, wie wir vorhin schon gehört haben, sind wegen Kindergarten und Schulen täglich viele Kinder und Jugendliche unterwegs. Auch in der Begleitgruppe zum Gesamtverkehrskonzept hat sich die Schulwegsicherheit und Verkehrsberuhigung im Quartier als vordringliches Thema herausgestellt. Und da wurden Sofortmassnahmen gefordert. Im Zielbild des Gesamtverkehrskonzepts sind die Begegnungszonen im Bereich Strandweg, Stadtgraben, Schulgasse, Rönnerweg, Mittlerstrasse eingezeichnet. Bei dem vorliegenden Investitionskredit sind, obwohl ein grosser Handlungsbedarf besteht, nur weiche Massnahmen vorgesehen. Die verschiedenen eingereichten politischen Vorstösse sind ein Zeichen der Dringlichkeit und dürfen in der Umsetzung der Sofortmassnahmen nicht übergangen werden. Die Schaffung der Begegnungszonen wertet einerseits der öffentliche Raum stark auf, gleichzeitig er-
775
780
785

790 höht sich die Verkehrssicherheit von Schulkindern und älteren Leuten massiv, was uns sehr wichtig ist. Im Vergleich zu anderen Strassentypen, ist die allgemeine Rücksichtnahme der Verkehrsteilnehmer viel grösser und die Fussgänger sind vortrittsberechtigt. Somit stellen wir Ihnen den Antrag, den Beschluss mit Punkt 3 zu ergänzen, welcher lautet: Die vorgesehenen Begegnungszonen im Bereich Strandweg, Schulgasse, Rönnerweg, Stadtgraben und Mittelstrasse werden gemäss Gesamtverkehrskonzept umgesetzt.

795 **Stadtratspräsidentin, Amélie Evard:** Danke. Ich eröffne die Diskussion zu diesem Antrag. Susanne Scheiter Marti.

800 **Susanne Schneiter Marti, FDP:** Wir haben die Rückweisung nicht befürwortet, aber ich würde jetzt doch gerne an der Stelle, an welcher es um Zone 20 geht, beliebt machen, die Mitwirkung der Bevölkerung abzuwarten.

Stadtratspräsidentin, Amélie Evard: Weitere Wortmeldungen zu diesem Antrag? Hanna Jenni.

805 **Hanna Jenni, PRR:** Auch ich bin grundsätzlich für die Tempo 30 Zonen, obwohl ich dazumal 2008 im Komitee gegen die flächendeckende Tempo 30mZone war, das möchte ich betonen. Es ist klar, die Verhältnisse haben sich verändert. Sie wollen die Einführung auf der Hauptstrasse mit dieser 30er Zone. Da kommt ein grösserer Druck auf die Parteien zu. Deshalb bin ich jetzt für die 30er Zone. Ich will einfach darauf hinweisen, dass wenn wir eine Strasse Tempo 30 und eine Strasse Tempo 20 haben, dann kann ich Ihnen sagen, es wird einfach gefährlich. Ich bin eher der
810 Meinung, dass man wirklich mal alle Teilnehmer, auch die Fussgänger, informiert was eine Zone 30 ist. Weil bei einer 20er Zone, da braucht der Fussgänger nicht mehr zu schauen. Mir ist es ein Anliegen, hier darauf aufmerksam machen, bitte vorsichtig zu sein. Ich unterstütze den Antrag für die 20er Zone nicht, aber für eine 30er Zone wäre ich jetzt auch soweit, dass ich sagen würde, dass ich einverstanden bin.

815 **Stadtratspräsidentin, Amélie Evard:** Danke, Hanna Jenni. Ich erteile das Wort Bettina Bongard.

820 **Bettina Bongard, SP:** Ich möchte mich gerne zur Tempo 20 Zone äussern. In unserer Nachbarstadt der Stadt Biel hat es genau dieses Beispiel. In der Bahnhofstrasse ist eine 30er Zone und wenn man zum Zentralplatz kommt, ist dort eine Begegnungszone. Der Zentralplatz ist hochfrequentiert, durch den Zentralplatz fahren täglich 1200 Busse, 8000 bis 12000 Autos, 5000 bis 6000 Velos durch, und 5500 Passagiere steigen dort täglich um. Ich habe hier eine Statistik die zeigt, dass Lyss, Biel, Burgdorf und Einsiedeln Begegnungszonen eingeführt haben und man sieht
825 ganz klar, dass sich dies bewährt und dass Unfälle massiv zurückgehen.

Stadtratspräsidentin, Amélie Evard: Vielen Dank. Gibt es weitere Wortmeldungen zum Antrag der SP? Das ist nicht der Fall. Dann gelangen wir zur Abstimmung über diesen Antrag.

830 Der Stadtrat lehnt die Einführung von Begegnungszonen im Bereich Strandweg, Schulgasse, Rönnerweg, Stadtgraben und Mittelstrasse mit 14 Ja / 14 Nein mit Stichentscheid des Vorsitzes ab.

Ich öffne die Diskussion wieder für weitere Anträge und Diskussionen zum Geschäft. Carine Stucki Steiner.

835

Carine Stucki Steiner, Grüne: Die Fraktion Grüne/EVP stellt den Antrag, den Beschluss um einen weiteren Punkt zu ergänzen, dass die Dr. Schneider-Strasse wie die Hauptstrasse nur mit Tempo 30 befahren werden darf, so wie es auch das Gesamtverkehrskonzept vorsieht. Begründung: Der Schleichverkehr darf nicht noch unterstützt werden, indem auf der Dr. Schneider-Strasse weiterhin Tempo 50 bestehen bleibt und sich somit der Balainenweg als Umweg lohnt. Zudem sind dort viele Kinder und Jugendliche unterwegs und deren Sicherheit wird durch den Mehrverkehr gefährdet. Die SP Nidau hat bereits dargelegt, welche zusätzlichen positiven Auswirkungen diese Tempoverminderung schon an sich hat - sinkende Lärmbelastung, einmalige Signalisierung, weniger Unfälle. Zusätzliche Kosten sind nur durch die Signalisation gegeben. Weitere Anpassungen sollen erst nach dem Mitwirkungsverfahren gemacht werden.

Stadtratspräsidentin, Amélie Evard: Danke für dieses Votum. Wem darf ich das Wort zu diesen Antrag übergeben? Susanne Schneiter Marti.

Susanne Schneiter Marti, FDP: Wir von der FDP hatten letztes Jahr um die gleiche Jahreszeit unsere Zweifel an dem Gesamtverkehrskonzept. Es ist aber durchgekommen. Der Kredit wurde bewilligt und ich möchte wirklich darauf aufmerksam machen, dass - wenn man schon das Gesamtverkehrskonzept erarbeitet, dann sollen diese Massnahmen wirklich dementsprechend in dem Gesamtverkehrskonzept umgesetzt werden und nicht weiter vorgezogen werden. Und wie bereits erwähnt, sollte wirklich die öffentliche Mitwirkung abgewartet werden.

Stadtratspräsidentin, Amélie Evard: Ich erteile das Wort Paul Blösch.

Paul Blösch, EVP: Ich habe meine Meinung bereits in der eigenen Fraktion geäussert. Ich habe gesagt, dass ich anderer Meinung bin als die Fraktion, was ab und zu ausschlaggebend ist. Auch jetzt kann ich mich mit diesem Vorschlag nicht anfreunden, weil ich finde, dass man das Fuder überlädt. Ich bin sehr für Tempo 30, dass das hier auch klar gesagt ist. Aber wie es verschiedene Sprecher schon erwähnten, warten wir jetzt doch wirklich die Mitwirkung ab. Wir haben mit den Mitwirkungsverfahren bei den Teilbaureglementen sehr gute Erfahrungen gemacht. Das ist durch alle Parteien hindurch sehr gut angekommen. Da konnte die Bevölkerung mitreden, sie konnte sich einbringen. Und ich denke, das gilt auch für die Begegnungszone wie auch für Tempo 30 bei der Dr. Schneider-Strasse. Auch hier sollen die Leute mitreden können. Und ich denke, man kann hier auch mal noch ein kleines Türchen öffnen und sagen, wenn die Einführung von Tempo 30 auf der Hauptstrasse zeigt, dass es auf der Scheider-Strasse eine totale Katastrophe gibt, dann mute ich das dem Gemeinderat zu, als Notmassnahme dem den Riegel schieben zu können, wenn das wirklich zwingend nötig sein sollte. Aber das hier im Voraus schon zu beschliessen, ist meiner Meinung nach zu überladen und somit werde ich diesen Antrag nicht unterstützen.

Stadtratspräsidentin, Amélie Evard: Danke. Esther Kast hat das Wort.

Esther Kast, Grüne: Es sprechen alle vom Mitwirkungsverfahren. Ich bin eigentlich sehr für das Mitwirkungsverfahren. Es geht hier aber auch darum, dass wenn das Mitwirkungsverfahren stattfindet und dann alle auf der Dr. Schneider-Strasse wieder 50 einführen wollen - das würde man ja sehen - dann kann man das ja wieder rückgängig machen und einfach alle Tafeln wechseln. Oder sehe ich das falsch? Kann man etwas, was man jetzt einführt, nachher nie mehr zurück wechseln?

Stadtratspräsidentin, Amélie Evard: Gemeinderätin Sandra Friedli, möchten Sie auf diese spezifische Frage antworten?

885

Ressortvorsteherin Sicherheit, Sandra Friedli: Man kann grundsätzlich alles rückgängig machen, wenn man dies will. Es ist dann allenfalls eine Frage des Vorgehens und der Kosten.

Stadtratspräsidentin, Amélie Evard: Besten Dank. Weitere Wortmeldungen zu diesem Antrag der Fraktion Grüne/EVP?

890

Noemi Kallen, SP: Wir haben ja dieses Jahr bereits über die Buslinie 3 abgestimmt und da hatte es Gegner, welche sagten, dass die Verkehrssicherheit nicht mehr gewährleistet ist, wenn der Bus fährt. Und jetzt sagt man, der Bus ist durchgekommen und der soll jetzt mit 50 die Dr. Scheider-Strasse runter rasen. Ich sehe das nicht so. Und ich finde es auch nicht richtig, dass man zuerst eine Katastrophe in Kauf nimmt, wie zum Beispiel Schleichverkehr, da man noch abwarten will. Man kann sich ja denken, dass wenn man Tafeln wieder umhängen muss, es dann auch wieder Folgekosten gibt. Dann kann man das doch besser grade jetzt machen.

895

Stadtratspräsidentin, Amélie Evard: Danke vielmals. Gibt es weitere Wortmeldungen zu diesem Antrag? Susanne Schneiter Marti.

900

Susanne Schneiter Marti, FDP: Ich möchte noch ein Wort für das Velo sprechen. Ganz persönlich. Im Gesamtverkehrskonzept steht, dass auf der Dr. Schneider-Strasse eine Vorrangroute für Velos und Busse entstehen soll. Und das fände ich persönlich eine super Sache. Deshalb denke ich, ist es auch ein Grund nicht voreilig zu sein, sondern diesen Prozessen, die im Gesamtverkehrskonzept vorgesehen sind, ihren Lauf zu lassen.

905

Stadtratspräsidentin, Amélie Evard: Danke. Gibt es weitere Wortmeldungen zu diesem Antrag? Wenn nicht, würden wir auch noch über diesen Antrag abstimmen.

910

Der Stadtrat lehnt die Einführung von Tempo 30 auf der Dr. Schneider-Strasse mit 14 Nein / 13 Ja / 1 Enthaltung ab.

915

Somit eröffne ich die Diskussion zum Geschäft. Gibt es Wortmeldungen zum allgemeinen Geschäft? Dies scheint nicht der Fall zu sein. Wünscht Gemeinderätin Sandra Friedli das Schlusswort? Nein. Dann kommen wir zur Abstimmung.

Stadtratsbeschluss

Der Stadtrat von Nidau beschliesst mit 22 Ja / 3 Nein / 3 Enthaltungen gestützt auf Artikel 54 Absatz 1 Buchstabe a der Stadtordnung:

920

1. Das Projekt für die Verkehrsberuhigung Nidau West und Zihlstrasse wird genehmigt und dafür ein Investitionskredit von CHF 230'000 bewilligt.
2. Teuerungsbedingte Mehraufwendungen gelten als genehmigt.
3. Mit dem Vollzug wird der Gemeinderat beauftragt. Dieser wird ermächtigt, notwendige oder zweckmässige Projektänderungen vorzunehmen, die den Gesamtcharakter des Projektes nicht verändern. Der Gemeinderat kann diese Kompetenz an die zuständige Verwaltungsabteilung delegieren.

925

930 **9. M 189 30er-Zone ganzes Wohnquartier der Weidteile zur Verkehrsberuhigung**

Ressort
Sitzung

Sicherheit
21.11.2019

nid 0.1.6.2 / 1.11

935 **Stadtratspräsidentin, Amélie Evard:** Wir kommen zum Traktandum 9. Ich gebe das Wort der zuständigen Gemeinderätin, Sandra Friedli.

940 **Ressortvorsteherin Sicherheit, Sandra Friedli:** Der Gemeinderat ist sich schon lange bewusst, wie problematisch der Verkehr in diesem Quartier ist. Insbesondere von der Gurnigelstrasse gibt es schon seit Jahren Rückmeldungen aus der Bevölkerung aufgrund des Verkehrs. Aus diesem Grund haben wir das Quartier im Umfeld der Gurnigelstrasse im Gesamtverkehrskonzept aufgenommen und verschiedene Massnahmen vorgesehen. Die Motion fordert die Einführung von Tempo 30 und auch ein Trottoir. Warum hat der Gemeinderat den Vorstoss nicht als Motion sondern als Postulat entgegengenommen? Das ist genau wegen dem besagten Trottoir. Wir können zum heutigen Zeitpunkt nicht versprechen, dass es wirklich auch machbar ist, dort ein Trottoir zu bauen. Das ist der einzige Grund, aber selbstverständlich wird diese Option geprüft. Im Zusammenhang mit dem Mühlefeld Quartier und der Bielstrasse haben wir fast die gleiche Problematik wie in Nidau West. Auch auf der Bielstrasse haben Verkehrsmessungen gezeigt, dass ein sehr hoher Anteil an Durchgangsverkehr über die Bielstrasse verkehrt. Wir haben auch Petitionen von Anwohnern der Grenzstrasse und umliegenden Quartierstrassen erhalten, weil die alle sehr stark mit Schleichverkehr kämpfen. Aus dem Grund ist es für uns klar, dass es ein dringendes Thema ist. Wir nehmen es als Priorität wahr und müssen es angehen.

Stadtratspräsidentin, Amélie Evard: Vielen Dank. Ich erteile das Wort der Motionärin.

955 **Motionärin, Soumaya Romdhani:** Werte Anwesende, ich bedanke mich beim Gemeinderat für die Beantwortung meines Antrages. Ich möchte betonen, dass im ganzen Wohnquartier Weidteile insbesondere Lyss-, Kelten- und Gurnigelstrasse die Verkehrssituation sehr handlungsbedürftig ist. Darum hoffe ich auf eine sinnvolle Bearbeitung dieses Antrages und letzten Endes auf eine schnelle Umsetzung.

960

Stadtratspräsidentin, Amélie Evard: Besten Dank. Gibt es Wortmeldungen? Ich erteile das Wort Oliver Grob.

965 **Oliver Grob, SVP:** Ich möchte etwas zu diesem Geschäft anmerken. Wir sollten auch daran denken, diese Quartiere durch einen Westast zu entlasten, damit die Leute sich nicht durch diese Quartiere durchschlängeln müssen, bevor wir mit den Verkehrsberuhigungen anfangen. Baut doch bitte zuerst eine Umfahrungsmöglichkeit, bietet diesen Leuten eine Alternative. Der einfachste Weg wird immer genommen und das ist auch hier der Fall. Bietet diesen Leuten eine Möglichkeit wie sie diese Quartiere umfahren können und dann haben wir das Problem gelöst.

970

Stadtratspräsidentin, Amélie Evard: Danke. Weitere Wortmeldungen? Tobias Egger.

975 **Tobias Egger, SP:** Ich finde gut, was Oliver Grob gesagt hat, ich würde dem wahrscheinlich Recht geben, aber wir wissen alle auch, dass wir noch 20 Jahre warten können, oder noch länger bis dies Realität wird. Ich glaube so lange wollen wir nicht warten.

Stadtratspräsidentin, Amélie Evard: Besten Dank. Nun habe ich beiden Lagern das Wort zum Westast gegeben. Weiteres zur Motion? Scheint nicht der Fall zu sein. Dann stimmen wir ab.

Stadtratsbeschluss

980 Annahme als Postulat mit 24 Ja / 3 Nein / 1 Enthaltung

10. M 190 Durchsetzung von Gemeinderatsbeschlüssen und Einhaltung des Kollegialitätsprinzips

Ressort
Sitzung

Präsidiales
21.11. 2019

nid 0.1.6.2 / 1.11

985

Stadtratspräsidentin, Amélie Evard: Wir gelangen zu Traktandum 10. Ich übergebe das Wort der Stadtpräsidentin Sandra Hess.

990 **Stadtpräsidentin, Sandra Hess:** Bei diesem Vorstoss handelt es sich um ein Anliegen, welches in der Kompetenz und des Zuständigkeitsbereichs des Gemeinderats liegt. Deshalb ist es auch eine Richtlinienmotion. Wie die Antwort zeigt, unterstützt der Gemeinderat das Anliegen und empfiehlt, den Vorstoss als Richtlinienmotion anzunehmen. Dank diesem Vorstoss hatten wir die Gelegenheit Ihnen darzulegen, dass der Gemeinderat zu Beginn der Legislatur die Zusammenar-

995 Ihnen in der Antwort dargelegt. Dennoch finde ich es wichtig, dass man sieht, dass die Spielregeln, die sich der Gemeinderat gibt, keine verbindlichen Regeln des Gemeindegesetzes sind. Es ist einfach das Prinzip der Zusammenarbeit, der kollegialen Zusammenarbeit unter den Behörden, das am Anfang der Legislatur festgelegt wird. Die erwähnte Situation ist gemäss den Regeln, die wir uns gegeben haben, abgelaufen. Aber man kann aus diesem Fall sicherlich auch lernen, und

1000 sicherstellen, falls das wieder einmal vorkommen sollte, - was wir nicht hoffen, da es die absolute Ausnahme ist - aber falls diese Ausnahme noch einmal vorkommen sollte, dann müsste die Kommunikation anders definiert werden. Wir empfehlen Ihnen, diesen Vorstoss als Richtlinienmotion anzunehmen.

1005 **Stadtratspräsidentin, Amélie Evard:** Besten Dank. Ich übergebe das Wort dem Motionär.

Motionär, Markus Baumann: Zuerst einmal bedanke ich mich für die ausführliche Beantwortung und die Stellungnahme des Gemeinderats. Dennoch möchte ich es nicht unterlassen, einige Bemerkungen anzubringen. Eine gute und vertrauensvolle Zusammenarbeit wurde definiert. Das

1010 ist sinnvoll und sollte so umgesetzt werden. Ob es in diesem Fall so gewesen ist, bezweifle ich etwas. Was für mich ins Auge sticht, sind die absoluten Ausnahmefälle. Was wird denn noch als Ausnahmefälle bezeichnet, wenn kleine Angelegenheiten bereits als Ausnahmefall taxiert werden? Für mich stellt sich da die Frage, ob der Gemeinderat in Zukunft, wenn wir weiterhin ähnliche Fälle haben, sich in einen Gemeinderat der Parteipolitik umwandelt oder ob wir dies in Zukunft

1015 vermeiden können? Diese Härtefälle sollen Härtefälle bleiben, aber richtige Härtefälle und nicht wegen solchen Kleinigkeiten. Zudem bleibt für mich das «aber» bestehen. Was an der besagten Gemeinderatsitzung gesprochen wurde, kann ich nicht sagen, kann ich auch nicht beeinflussen.

Ob es das ist, was in der Beantwortung steht, kann ich so auch nicht beurteilen. Ich bin nicht komplett zufrieden, aber nehme es gerne zur Kenntnis und würde dies auch so als Annahme einer Richtlinienmotion weitergeben.

Stadtratspräsidentin, Amélie Evard: Vielen Dank. Wird die Diskussion verlangt? Dies scheint nicht der Fall zu sein. Dann gelangen wir zur Abstimmung.

Stadtratsbeschluss

1025 Einstimmige Annahme als Richtlinienmotion

11. M 191 Bewilligungspraxis Fahrende

Ressort
Sitzung

Sicherheit
21.11.2019

nid 0.1.6.2 / 1.11

1030 **Stadtratspräsidentin, Amélie Evard:** Wir kommen zu Traktandum 11. Ich übergebe das Wort der zuständigen Gemeinderätin Sandra Friedli.

Ressortvorsteherin Sicherheit, Sandra Friedli: Der Gemeinderat beantragt die hier vorliegende Motion als Richtlinienmotion anzunehmen. Die Erfahrung aus vergangenen Jahren hat gezeigt, dass eine klare Regelung zwischen den zwei Städten und innerhalb der verhandelnden Politik dringend notwendig ist. Dieses Anliegen hat der Gemeinderat aufgenommen. Ebenfalls kann man aber auch schon sagen, dass es klar ist, dass das Expo-Gelände nicht als offizieller Standort für Fahrende eingerichtet wird. Die Gespräche zu dem weiteren Vorgehen, der Handhabung und Regelung und der eventuellen Möglichkeit von Ausnahmegewilligungen sind im Moment im Gange. Es haben bereits erste Gespräche stattgefunden mit der Stadt Biel, auch erste Gespräche mit dem Gemeinderat. Wie in der Antwort dargelegt wird, werden wir das Ergebnis der Abklärungen im Rahmen des Postulats P 209 «bauliche Massnahmen und richterliches Verbot auf dem ExpoPark Areal» beantworten.

1045 **Stadtratspräsidentin, Amélie Evard:** Besten Dank Gemeinderätin Sandra Friedli. Ich übergebe das Wort der Motionärin, Brigitte Deschwanden Inhelder.

Motionärin, Brigitte Deschwanden Inhelder: Ich möchte dem Gemeinderat für die Antwort danken. Ich bin sehr zufrieden, dass er bereit ist, diese Motion als eine Richtlinienmotion entgegenzunehmen. Die bestehende Bewilligungspraxis von Aufhalten der Fahrenden auf dem Expo-Gelände hat in den letzten Jahren immer wieder für Unruhe in der Bevölkerung gesorgt und die Geschichte im letzten Mai hat in der Presse hohe Wellen geschlagen. Einerseits gehört das Land Biel und Nidau ist die Bewilligungsbehörde. Andererseits haben die Schweizer Fahrenden laut Bundesgerichtsurteil Anrecht auf Aufenthaltsmöglichkeiten, denn sie sind eine anerkannte nationale Minderheit. Ich bin froh, wenn der Gemeinderat die Regelungen ausarbeitet und ich möchte betonen, dass diese Regelungen von öffentlichem Interesse sind. Das heisst, ich bitte den Gemeinderat, dass wenn er diese Regelungen erarbeitet hat, diese offen kommuniziert und darüber informiert. Vorerst bitte ich Sie aber als Stadträte dem Gemeinderat zuzustimmen, und diese Motion als Richtlinienmotion zu überweisen.

1060

Stadtratspräsidentin, Amélie Evard: Besten Dank. Wird die Diskussion verlangt? Dies scheint nicht der Fall zu sein. Dann kommen wir zur Abstimmung.

Stadtratsbeschluss

Einstimmige Annahme als Richtlinienmotion

1065

12. P 211 Regelmässige Recyclingstellen an den Nidauer Gewässern

Ressort
Sitzung

Tiefbau und Umwelt
21.11.2019

nid 0.1.6.2 / 1.11

1070 **Stadtratspräsidentin, Amélie Evard:** Wir kommen zu Traktandum 12. Ich übergebe das Wort dem zuständigen Gemeinderat Philippe Messerli.

1075 **Ressortvorsteher Tiefbau und Umwelt, Philippe Messerli:** Vielen Dank. Frau Stadtratspräsidentin, werde Anwesende. Das Postulat nimmt ein wichtiges Anliegen und Thema auf. Vor allem in den warmen Sommermonaten sind die Uferzonen stark mit Abfall belastet. Die Abfallproblematik ist aber nicht auf die Uferbereiche beschränkt. Zum Beispiel sind auch Spielplätze häufig von der Abfallproblematik betroffen. Um das Littering Problem in den Griff zu bekommen, braucht es konkrete Massnahmen. Der Vorstoss kommt zum richtigen Zeitpunkt und rennt offene Türen ein. Es erscheint sinnvoll, das vorliegende Postulat in eine Gesamtbetrachtung einzubeziehen. Konkret haben wir momentan diverse offene Punkte im Abfallwesen. Beispielsweise die Spezialfinanzierung Abfallwesen. Da müssen wir Massnahmen treffen und Gebühren anpassen. Auch andere Änderungen im Abfallreglement drängen sich auf. So ist zu prüfen, ob dem Verursacherprinzip besser nachgelebt werden kann. So zum Beispiel mit der Einführung einer höheren Gebühr für Grünabfall. Ein weiterer wichtiger Punkt, bei welchem Klärungsbedarf besteht, ist die Aufhebung des kommunalen Entsorgungsmonopols, welches seit diesem Jahr schweizweit für Betriebe mit mehr als 250 Vollzeitstellen gilt. Schon längere Zeit ein Thema ist die Errichtung eines Entsorgungshofs. Bürgerinnen und Bürger von Nidau sollen Abfälle, die nicht in den Abfallsack gehören, an einem zentralen Ort möglichst einfach und kundenfreundlich entsorgen können. Dabei soll aber auch geprüft werden, ob es hier Synergien oder andere kommunale Angebote in unseren Nachbargemeinden gibt. Der Stadtrat hat im März dieses Jahres die Richtlinienmotion zu den Kunststoffabfällen überwiesen. Auch hier möchten wir gerne einen Schritt vorwärts machen und die Basis für eine wirtschaftliche und ökologisch sinnvolle Umsetzung dieses Anliegens schaffen. Als Energie-Stadt, die einem nachhaltigen Umgang mit Ressourcen verpflichtet ist, wollen wir uns auch vertieft mit der Problematik auseinandersetzen, wie man das umweltschädigende Litteringproblem besser in den Griff bekommen kann. Und noch grundlegender, was wir als Gemeinde im Rahmen unserer Möglichkeiten und Zuständigkeiten dazu beitragen können, dass generell die Abfallmenge reduziert werden kann. Auch dass wertvolle Ressourcen in einem grösseren Umfang als bisher wiederverwendet werden können. Stichworte sind hier die Erweiterung der Recyclingsammelstellen, die stärkere Wiederverwendung der Bauteile und Rohstoffe und auch eine bessere Information und Sensibilisierung der Bevölkerung. Aber ich will nicht vorgreifen, die Arbeit steht noch bevor. Ziel ist es, dass wir im nächsten Jahr alle diese Fragen aus einer Gesamtbetrachtung angehen können und in einem zweiten Schritt bedarfsgerechte und nachhaltige zentral abgestimmte Lösungen erarbeiten und umsetzen können. Dabei liebe Stadträtinnen und Stadträte haben Sie auch ein Wort mitzureden. Ich freue mich und hoffe, dass wir dem Stadtrat bald konkrete Projekte vorlegen können. In dem Sinne beantragt der Gemeinderat dieses Postulat anzunehmen.

1105

Stadtratspräsidentin, Amélie Evard: Besten Dank. Ich übergebe das Wort dem Postulanten, Michael Rubin.

Postulant, Michael Rubin: Ich bedanke mich beim Gemeinderat für die Beantwortung des Postulats. Ich bin zufrieden mit der Antwort und begrüsse die Betrachtung des grösseren Kontexts.
 1110 Das ist übrigens auch der Grund, weshalb ich die Form des Postulats gewählt habe. Ich hoffe, dass das eine oder andere Anliegen, welches ich in diesem Postulat formuliert habe, in die Überlegungen miteinflussen wird.

Stadtratspräsidentin, Amélie Evard: Vielen Dank. Wenn nicht die Diskussion verlangt wird,
 1115 gelangen wir direkt zur Abstimmung.

Stadtratsbeschluss

Annahme als Postulat mit 27 Ja / 1 Enthaltung

13. P212 Neubau Schulhaus Beunden Ost – Anregungen für die Planung

Ressort
Sitzung

Hochbau
21.11.2019

1120 nid 0.1.6.2 / 1.11

Stadtratspräsidentin, Amélie Evard: Wir kommen zu Traktandum 13. Ich erteile das Wort dem zuständigen Gemeinderat Kurt Schwab.

Ressortvorsteher Hochbau, Kurt Schwab: Frau Stadtratspräsidentin, werte Anwesende, liebe Gäste. Bei diesem Postulat wird der Gemeinderat gebeten beim Schulhausneubau zwei Punkte zu prüfen. Einerseits die Möglichkeit einer späteren Aufstockung. Auf der anderen Seite, die Möglichkeit, die Fenster öffnen zu können. Dazu soll zusätzlich geprüft werden, ob der Einbau einer leistungsstarken und effizienten Klimaanlage nicht eine Alternative zum geplanten Vorgehen sein
 1130 könnte.

Zum ersten Punkt: Eine Aufstockung zu einem späteren Zeitpunkt würde entsprechende Vorbereitungen für die Fundamente und für die Statik bedingen. Zudem würden die Anforderungen der Zugänge und vor allem an die Fluchtwege erheblich höher, wenn das Gebäude einen Stock höher gebaut wird. Mit der detaillierten Zahl des Kostenvoranschlages kann die Baukommission eine
 1135 Kostennutzenabwägung vornehmen und dem Gemeinderat aufzeigen, ob eine Investition in eine Vorbereitung für eine Aufstockung des Schulhauses sinnvoll ist. Der Gemeinderat kann dann entsprechend entscheiden.

Zum zweiten Punkt: Die Frage zur Lüftung ist von vielen Komponenten abhängig. Die vorgesehene Lüftung arbeitet über eine Wärmerückgewinnung. Mit dieser Lüftung kann eine sogenannte Nachtauskühlung erfolgen. Kühle Luft wird in der Nacht in die Räume gespült, und das ohne Kühl-
 1140 aggregat. Trotzdem werden in dem Gebäude sogenannte Fensterflügel montiert welche das öffnen ermöglichen. Angst, dass die Räume im Sommer überhitzen könnten, ist unnötig. Die gute Dämmung und der Sonnenwärmeschutz von aussen genügen, um keine aktive Kühlung installieren zu müssen. Die Endwerte und die bautechnischen Ausführungen sind heutzutage an einem
 1145 ganz anderen Stand als noch zu Bauzeiten vom Gymnasium Biel. Trotzdem hat die Baukommission dem Planungsteam den Auftrag erteilt, eine Nachrüstung einer aktiven Kühlung zu prüfen. Auch hier werden Kosten und Nutzen einander gegenüber gestellt und entsprechend dem Gemeinderat vorgetragen, so dass dieser dann entsprechend entscheiden kann. Aus diesen Gründen beantragen wir die Annahme dieses Postulats. Der Stadtrat wird zu gegebener Zeit wiederum
 1150 darüber informiert.

Stadtratspräsidentin, Amélie Evard: Vielen Dank. Ich erteile das Wort der Postulantin Ursula Wingeyer.

1155 **Postulantin, Ursula Wingeyer:** Ich danke dem Gemeinderat ganz herzlich für die Erläuterungen. Ich finde es super, dass diese Punkte angesprochen werden und in die Planungen miteinbezogen werden, damit man noch etwas ändern kann, falls es sein muss, und Verbesserungen in diese Richtung ermöglicht. Ich begrüsse dies sehr und bitte Sie, den Vorstoss anzunehmen.

1160 **Stadtratspräsidentin, Amélie Evard:** Besten Dank. Wir kommen zur Abstimmung.

Stadtratsbeschluss

Einstimmige Annahme als Postulat.

14. I 127 Entretien des surfaces vertes à Nidau

Ressort	Tiefbau und Umwelt
Sitzung	21.11.2019

1165 nid 0.1.6.2 / 1.11

Stadtratspräsidentin, Amélie Evard: Wir kommen zu Traktandum 14. Ist die Interpellantin mit der Auskunft des Gemeinderats zufrieden?

1170 **Interpellantin, Carine Stucki Steiner:** Ich erkläre mich mit der Antwort zufrieden.

Einfache Anfragen

1175 **Stadtratspräsidentin, Amélie Evard:** Wir sind mit der offiziellen Traktandenliste fertig. Gibt es aus der Ratsmitte einfache Anfragen? Ich übergebe das Wort Susanne Schneiter Marti.

1180 **Susanne Schneiter Marti, FDP:** Ich möchte gerne vom Gemeinderat wissen, wie der aktuelle Stand der baurechtlichen Teilgrundordnung weiteres Stadtgebiet nach der Mitwirkung vom März 2019 ist.

1185 **Stadtpräsidentin, Sandra Hess:** Im Anschluss an die Mitwirkung vom März 2019 hat der Gemeinderat im September 2019 den Mitwirkungsbericht verabschiedet und die überarbeiteten Unterlagen dem Kanton zur Prüfung zugestellt. In der Grössenordnung April oder Mai 2020 wird sich der Gemeinderat wieder mit dem Dossier befassen. Die öffentliche Auflage ist in den Monaten Juni und Juli 2020 vorgesehen. Wenn alles gut geht und es keine Einsprachen gibt, welche noch einmal eine Anpassung erfordern, dann gehen wir davon aus, dass wir im September 2020 die Beschlüsse fassen können. Anschliessend muss das Geschäft noch definitiv vom Stadtrat verabschiedet werden. Optimistisch geschätzt, aber auch realistisch, gehen wir davon aus, dass die baurechtliche Teilgrundordnung weiteres Stadtgebiet im Frühling 2021 in Kraft ist.

1190

Stadtratspräsidentin, Amélie Evard: Besten Dank. Gibt es weitere einfache Anfragen? Ich übergebe das Wort Markus Baumann.

1195 **Markus Baumann, SVP:** Ich habe zwei einfache Anfragen. Die erste betrifft die Strassenlampen
im Aalmatten Quartier. Letzte Woche hatten wir einen Stromausfall, das ganze Quartier war ohne
Beleuchtung. Wir hatten diese Fälle bereits letztes Jahr. Meines Erachtens wurde das behoben.
Nun meine Frage an den zuständigen Gemeinderat: Werden wir hier wieder Probleme haben, ist
1200 Ihnen etwas bekannt oder war das einfach Zufall? Die zweite Frage betrifft den Martiweg, dort
wird derzeit gebaut und deshalb ist eine Sackgasse signalisiert. Wie lange bleibt diese Baustelle
noch bestehen und wann wird die Sackgasse wieder aufgehoben?

Ressortvorsteher Tiefbau und Umwelt, Philippe Messerli: Zur ersten Frage kann ich zum
konkreten Fall nicht Stellung nehmen. Ob dies ein Wiederholungsfall sein kann, muss man zuerst
1205 analysiert werden. Zur zweiten Frage: Es wäre gut, diese Fragen vorgängig einzureichen, um es
an die zuständigen Verwaltungsstellen weiterleiten zu können. Ich kann die Frage im Moment lei-
der nicht beantworten.

Stadtratspräsidentin, Amélie Evard: Besten Dank. Bitte die Antwort Markus Baumann zukom-
1210 men lassen.

Mitteilungen

1215 **Stadtratspräsidentin, Amélie Evard:** Wir kommen zu den Mitteilungen der Stadtratspräsi-
dentin. Am 8. Dezember findet der Nidauer Weihnachtsmarkt statt. Die nächste Sitzung des Stadtrats
findet am 19. März 2020 statt.
Gibt es weitere Mitteilungen seitens des Gemeinderats oder der Stadtpräsidentin? Dies ist nicht
1220 der Fall.

Danksagungen

1225 **Stadtratspräsidentin, Amélie Evard:** Die letzte Stadtratssitzung des Jahres 2019 ist vorbei und
somit ist auch mein Jahr als Stadtratspräsidentin schon bald am Ende. Für mich war es ein sehr
spannendes Jahr und ich muss zugeben, ich gebe dieses Amt nur ungern ab, weil es mir enorm
viel Freude bereitete, diese Sitzungen zu leiten. Ich gebe dieses Amt mit einem weinenden Auge,
aber natürlich auch ein bisschen mit einem lachenden Auge ab. Ich bin natürlich schon froh, darf
1230 ich mich jetzt wieder ein bisschen aktiver in das politische Geschehen und die Debatten einbrin-
gen. Gerne möchte ich mich auch noch bedanken, zuerst einmal bei Ihnen allen, Stadträtinnen
und Stadträte, und natürlich auch bei der Stadtpräsidentin und dem Gemeinderat für die effizi-
ente und lösungsorientierte Arbeit im Rat. Auch möchte ich mich bei den Stadträtinnen und
Stadträten bedanken, welche an den Stadtratsausflug nach Bern mitgekommen sind. Ich habe
1235 das einen sehr spannenden und lustigen Abend gefunden, an dem wir uns in einem lockeren Rah-
men über das Politische austauschen können. Auch bei der Verwaltung und den Abtei-
lungsleitenden möchte ich mich für die aufwendigen Vorbereitungsarbeiten bedanken. Ein beson-
derer Dank geht an Manuela Jennings, die mir bei den Vorbereitungen und den Vorbesprechungen
der Sitzungen immer sehr geholfen hat. Auch beim Ratsbüro möchte ich mich für die Sitzungen
1240 des Ratsbüros bedanken und ich hoffe, wir konnten effiziente Lösungen und Projekte aufgleisen.

Auch bei den zwei Vizepräsidenten links und rechts von mir möchte ich mich bedanken. Trotz der ernstesten Führung der Sitzungen, haben wir es zwischendurch sehr lustig gehabt. Vielen Dank für die Unterstützung und ich hoffe, dass euch die Ausführung dieses Amtes genau gleich viel Freude bereitet wie mir. Ein letztes Dankeschön geht an meine Fraktion, die mir für dieses Amt ihr Vertrauen ausgesprochen hat.

1. Vizepräsidentin, Esther Kast: Liebe Amélie, im Namen des ganzen Stadtrates danke ich dir herzlich. Ich finde es beeindruckend, wie du uns mit einer Sachlichkeit und mit viel Herzblut durch diese Sitzungen geführt hast. Wir sind politisch nicht auf der gleichen Welle, wie ich heute auch wieder erleben durfte, aber es gibt Dinge, bei denen wir auf der gleichen Welle sind. Das sind Blumen, da es ökologisch sinnlos ist, Blumen zu kaufen. Deshalb wusste ich auch, was wir dir im Namen des Stadtrats schenken. Gerne überreiche ich dir das Symbolgeschenk für deinen wundervollen Einsatz.

Stadtratspräsidentin, Amélie Evard: Vielen Dank.